

E A S Y

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit System

A. Infoteil

INHALTSVERZEICHNIS

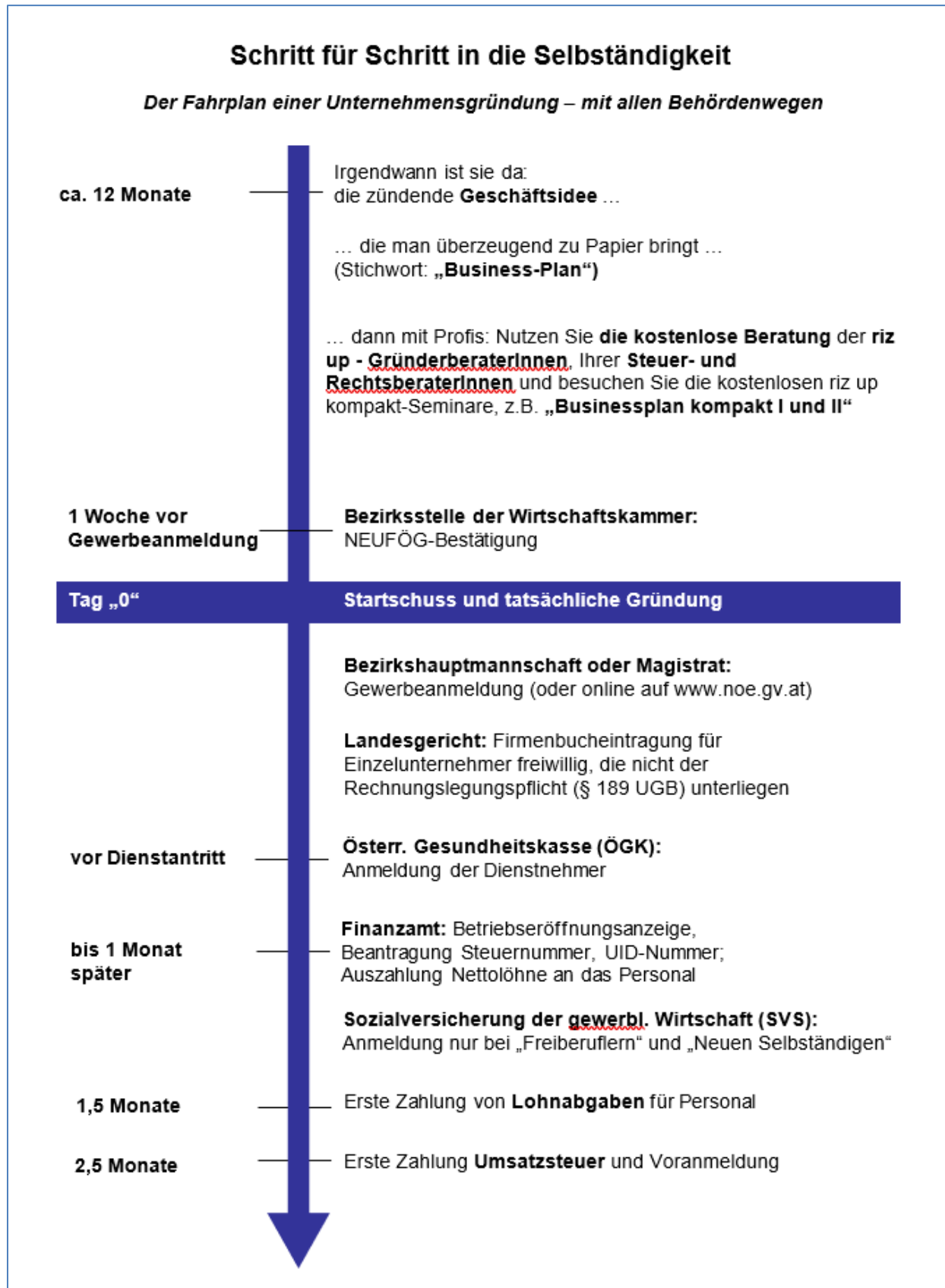
1	GRÜNDUNGSFAHRPLAN.....	1
2	GEWERBLICHE SOZIALVERSICHERUNG	2
2.1	Allgemeines	2
2.2	Anmeldung zur gewerblichen Sozialversicherung bei der SVS	2
3	EINKOMMENSTEUER.....	8
3.1	Gewinnermittlung - Einkommensteuer	8
3.2	Betriebseröffnung	9
3.3	Betriebsausgaben	9
	Exkurs: steuerliche Behandlung von Covid19 – Hilfen ab 3/2020	13
3.4	Spesenverteiler	14
3.5	Anforderungen bezüglich der Aufzeichnungspflicht	16
3.6	Belegaufbewahrung	16
3.7	Anlagen zur Einkommensteuer	16
4	RECHNUNG UND UMSATZSTEUER.....	32
4.1	Allgemeines	32
4.2	Gesetzliche Bestandteile der Rechnung.....	34
4.3	Vorsteuerabzug für Firmenfahrzeuge	35
4.4	Anlagen zu Rechnung und Umsatzsteuer	36
	Kleinbusse gemäß § 5 der Verordnung aus 2002	44
5	PERSONAL	47
5.1	Lohnnebenkosten.....	47
5.2	Freie Dienstnehmer	48
5.3	Geringfügig Beschäftigte	48
5.4	Anmeldung der Dienstnehmer bei der österr. Gesundheitskasse (ÖGK).....	48
5.5	Dienstzettel	48
5.6	Arbeitszeitaufzeichnungen	49
5.7	Anlagen/Muster Personal.....	50



Alle Werte in Euro oder % sind gültig für 2024, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben.

1 GRÜNDUNGSFAHRPLAN

Beginnen Sie rechtzeitig mit der Planung Ihrer Unternehmensgründung.



2 GEWERBLICHE SOZIALVERSICHERUNG

2.1 Allgemeines

Personenkreis

Selbstständig erwerbstätige Einzelunternehmer, Gesellschafter von Personengesellschaften und Gesellschafter-Geschäftsführer mit einer Beteiligung von mehr als 25% fallen unter das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (GSVG).

Auch wenn Sie auf Werkvertragsbasis arbeiten, Honorarnoten ausstellen oder als „Neuer Selbstständiger“ keine Gewerbeberechtigung anzumelden haben, sind Sie nach GSVG sozialversicherungspflichtig, es gibt jedoch Befreiungen und Ausnahmen.

Beitragsgrundlage

Die Sozialversicherungsbeiträge errechnen sich aus dem im Geschäftsjahr erwirtschafteten **einkommensteuerpflichtigen Gewinn** zzgl. der in diesem Jahr vorgeschriebenen Beiträge (= **Beitragsgrundlage**). Der Beitragssatz beträgt **rund ein Viertel** der Beitragsgrundlage (im Jahr 2024 liegt dieser Wert bei **26,83%** zuzüglich **€ 136,20** Unfallversicherungsbeitrag).

Die vorläufigen fixen Beitragsvorschriften für Jungunternehmer im Gründungsjahr und in den beiden Folgejahren betragen **€ 1.805,28**. Neben dem Kranken-, Pensions- und Unfallversicherungsbeitrag ist in diesem Wert auch die Selbstständigenvorsorge inkludiert. Die Beiträge werden jeweils quartalsweise für 3 Monate vorgeschrieben und sind immer Ende Februar, Ende Mai, Ende August und Ende November fällig.

Achtung! Die für Neugründer günstigen fixen Pensionsbeiträge für alle Jahre und die Krankenversicherungsbeiträge für das 3. Kalenderjahr werden anhand der Steuerbescheide nachbemessen. Sollten Sie in diesem Zeitraum bereits beträchtliche Gewinne erwirtschaftet haben, ist mit einer schmerzlichen Nachzahlung zu rechnen.



Bilden Sie daher in diesen Fällen rechtzeitig Rücklagen und befragen Sie dazu Ihren Steuerberater!

2.2 Anmeldung zur gewerblichen Sozialversicherung bei der SVS

Eine eigen-initiative Anmeldung bei der SVS muss lediglich für Freiberufler und Neue Selbstständige, die über die Geringfügigkeitsgrenze kommen, erfolgen (<https://www.svs.at/cdscontent/load?contentid=10008.763012&version=1640095823>).

Bei einer Gewerbebeanmeldung werden SVS und Finanzamt direkt verständigt, in diesem Fall schickt die SVS aufgrund der Gewerbebeanmeldung die Unterlagen selbstständig zu. Sollten die Unterlagen nicht binnen 4 Wochen einlangen, ist telefonisch Rücksprache mit der SVS zu halten.

NEU: Online-Anmeldetool! SVS Neuzugänge erhalten ein Begrüßungsschreiben und die Bestätigung über den Versicherungsschutz. Alles weitere erfolgt online über www.svs.at



Zur Demonstrationszwecken und um ersichtlich zu machen, welche Informationen bei der **neuen Online-Anmeldung** erforderlich sind, haben wir das nicht mehr gültige, frühere Anmeldeformular (Stand: 2016/2017) beigefügt.

Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang auch die **Meldepflichten an die SVS** bezüglich Änderungen des Versicherungsverhältnis (z.B. Adressänderungen, Änderungen bei Einkünften usw.). Im nachfolgenden Infoblatt der SVS finden Sie die Details.



✓ SOZIALVERSICHERUNGSANSTALT
DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



VERSICHERUNGSERKLÄRUNG für Gewerbetreibende und Gewerbegeesellschafter

Persönliche Daten

Zuname, Vorname	Akad. Titel	VSNR bzw. Geburtsdatum
Geburtsname / Namen aus früheren Ehen		Staatsbürgerschaft
Betriebsanschrift	Telefon privat: Telefon Firma: Fax: Handy: E-Mail:	
Wohnanschrift (ggf. auch eine ausländische Adresse)		
Ich wünsche die Postzustellung an meine <input type="checkbox"/> Betriebsanschrift <input type="checkbox"/> Wohnanschrift (Zutreffendes bitte ankreuzen!)		

Wenn Sie damit einverstanden sind, dass wir Fragen, wie z.B. zu den Einkommensdaten für die Berechnung der korrekten Beitragsgrundlage, direkt mit Ihrem Steuerberater klären, bitten wir Sie, Name, Anschrift und Telefonnummer des Steuerberaters bekannt zu geben.

Name:

Anschrift:

Telefonnummer:

Fragen zum Versicherungsverhältnis

1.	Werden oder wurden Sie bereits steuerlich veranlagt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Wenn ja:</i> Bei welchem Finanzamt und unter welcher Steuernummer?
2.	Sind Sie als Dienstnehmer auch nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) oder nach dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG) pensions- und/oder krankenversichert? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Wenn ja:</i> Lassen Sie bitte die Arbeits- und Entgeltbestätigung von Ihrem Dienstgeber ausfüllen und unterschreiben.
3.	Haben Sie Arbeitnehmer und für diese bereits eine Mitarbeitervorsorgekasse? <input type="checkbox"/> Ja. Dann sind Sie auch für Ihre Selbständigenvorsorge an diese Kasse gebunden. Senden Sie uns bitte das Formular „Selbständigenvorsorge-Betriebliche Vorsorgekasse“ ausgefüllt und unterschrieben. <input type="checkbox"/> Nein. Sie können Ihre Vorsorgekasse frei wählen. Wenden Sie sich bitte direkt an eine der zehn Vorsorgekassen.

VS-110024/2015

- 4.** Beziehen Sie neben den Einkünften aus Ihrer in Österreich ausgeübten Erwerbstätigkeit auch ein Einkommen im Ausland oder üben zumindest eine Erwerbstätigkeit im Ausland aus?

..... ☐ ja ☐ nein
Wenn ja, erkläre ich hiermit, dass mein ausländisches Einkommen/meine ausländische Tätigkeit

- ☐ zur Gänze **innerhalb** des **EW**
- ☐ zur Gänze **außerhalb** des **EW**
- ☐ sowohl **innerhalb** als auch **außerhalb** des **EW**

erzielt wird/liegt und dieses Einkommen aus einer (Mehrfachantwort möglich!)

- ☐ **selbständigen** Erwerbstätigkeit
- ☐ **unselbständigen** Erwerbstätigkeit
- ☐ Tätigkeit als **Beamten/Beamtin**
- ☐ **Kapitalbeteiligung**

stammt.

Der Mittelpunkt meiner Lebensinteressen liegt in ☐ Österreich ☐

Auslandsadresse bitte hier anführen:

Wenn nötig, senden wir Ihnen weitere Formulare zu.

EU-/EW-Vertragsstaaten:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Zypern. (Auch für die Schweiz gelten die EU-Bestimmungen.)

- 5.** Haben Sie Angehörige (Ehepartner, eingetragener Partner, Lebensgefährte, Kinder), die Sie mitversichern möchten? ☐ ja ☐ nein

Wenn ja, verwenden Sie bitte das „[Meldeblatt für die Mitversicherung von Angehörigen](#)“!

Für andere Angehörige verwenden Sie bitte den „[Antrag auf Familienversicherung](#)“ (kostenpflichtig)!

- 6.** GSVG-Krankenversicherte können durch eine Zusatzversicherung für das Risiko der Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit vorsorgen (Leistung: Krankengeld).

Bei Interesse verwenden Sie bitte den „[Antrag auf Zusatzversicherung](#)“!

- 7.** GSVG-Krankenversicherte können ihren Leistungsanspruch (Sach- oder Geldleistungsberechtigung) durch eine Option verändern und damit ihren individuellen Bedürfnissen anpassen.

Bei Interesse verwenden Sie bitte das Formular „[Optionen in der Krankenversicherung](#)“!

- 8.** Im Rahmen Ihrer GSVG-Krankenversicherung können wir Kostenersätze oder Geldleistungen anweisen. Bitte geben Sie uns dazu Ihre Bankverbindung bekannt.

IBAN.....

bei der.....

BIC.....

Diese Frage betrifft nur Witwen/Witwer/hinterbliebene eingetragene Partner/Partnerinnen!

- 9.** Führen Sie den Betrieb des/der Verstorbenen fort? ☐ ja ☐ nein

Wenn ja: Wie lautet dessen/deren Name und Versicherungsnummer?

In welcher Form wird das Unternehmen fortgeführt?

Als ☐ Einzelunternehmen ☐ OG ☐ KG ☐ GmbH

Ich bestätige die Richtigkeit meiner Angaben und habe die Information über die Meldepflicht gelesen.

.....
Datum

.....
Unterschrift

VERSICHERUNG & BEITRAG

Was Gewerbetreibende, Freiberufler und Neue Selbständige melden müssen



Warum gibt es eine Meldepflicht?

Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen eines Versicherten nach dem GSVG oder FSVG sind zumeist auch für das Versicherungsverhältnis von Bedeutung. Aber auch bestimmte „maßgebende Ereignisse und Tatsachen“ können das Versicherungsverhältnis beeinflussen. Der Pflichtversicherte muss daher die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) von allen wichtigen Änderungen, Ereignissen und Tatsachen rasch in Kenntnis setzen, um sich vor Nachteilen zu schützen.

Bei der Meldung geht also die Initiative vom Versicherten aus. Die vorliegende SVS-Information gibt daher einen Überblick, was alles zu melden ist. Das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz sieht dafür eine Frist von einem Monat vor; die Meldung hat schriftlich zu erfolgen. Die Meldepflicht bezieht sich im Übrigen auch auf außerhalb Österreichs im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eintretende Ereignisse und Tatsachen.

Eine Verletzung der Meldepflicht kann beispielsweise zur Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen oder zu einer Verzögerung des Beginnes des Leistungsanspruches in der Kranken-(und Unfall-)versicherung führen.

Die Meldepflichtung besteht für alle selbständig/freiberuflich Erwerbstätigen, die bei der SVS nach dem GSVG/FSVG pensions- bzw. krankenversichert sind.

Meldepflichtige Sachverhalte

Änderungen in den persönlichen Daten

- Namensänderung
- Betriebs- oder Wohnortverlegung

Einkommensdaten

- Einkommensteuernummer und deren Änderung
- Veranlagung nach einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr
- nicht versicherungspflichtige Einkünfte, die im Steuerbescheid gemeinsam mit versicherungspflichtigen Einkünften aus den oben genannten Erwerbstätigkeiten aufscheinen. (Beispiel: Die „Einkünfte aus Gewerbebetrieb“ enthalten auch Einkünfte aus einer bloßen Kapitalbeteiligung als Kommanditist einer KG.)

Aufnahme/Einstellung weiterer Tätigkeiten

- Aufnahme/ Einstellung einer selbständigen/ freiberuflichen Erwerbstätigkeit (Beginn/ Ende der betrieblichen Tätigkeit)
- Beteiligung an Personengesellschaften (OG, KG) bzw. Erlöschen des Gesellschaftsverhältnisses
- Beginn bzw. Wegfall der Beteiligung eines GmbH bzw. FlexKapG/FlexCo-Geschäftsführers am Stammkapital
- Bestellung bzw. Widerruf der Bestellung eines GmbH bzw. FlexKapG/FlexCo-Gesellschafters zum Geschäftsführer
- Beginn bzw. Wegfall der Beteiligung als stiller Gesellschafter oder Gesellschafter bürgerlichen Rechts
- Antritt/ Ende des Präsenz-/ Zivildienstes

Tätigkeiten ab dem 35. Lebensjahr (Frauen) bzw. ab dem 40. Lebensjahr (Männer), die auf eine Schwerarbeit schließen lassen

Unterbrechung/Wiederaufnahme der selbständigen Tätigkeit

- Verpachtung der Apotheke bzw. anschließende Pachtlösung

Anfall/Wegfall einer „Pension“

- Anfall/Wegfall einer ASVG-Pension oder einer ausländischen Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung

Anfall/Wegfall eines Ruhe-/Versorgungsgenusses

Anfall/Wegfall anderer Versicherungsleistungen

- Anfall/Wegfall von Krankengeld/ Wochenlohn aus der gesetzlichen Krankenversicherung

Spezielle Meldungen bei GSVG-Krankenversicherung

Meldepflichtige Sachverhalte

Beginn einer anderen Krankenversicherung

- B-KUVG-Krankenversicherung bzw. Mitgliedschaft zu einer Krankenfürsorgeeinrichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstgebers aufgrund eines Ruhe-/Versorgungsgenusses
- ASVG-Krankenversicherung aufgrund einer Geldleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, dem Arbeitsmarktförderungsgesetz bzw. dem Sonderunterstützungsgesetz

- ASVG-Krankenversicherung aufgrund einer Zusatzrente, Witwenbeihilfe oder Elternrente nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz bzw. Heeresversorgungsgesetz
- ASVG-Krankenversicherung aufgrund des Zivildienstes
- Krankenschutz aufgrund des Präsenzdienstes

Ende einer „Mitversicherung“

Der „meldepflichtige“ Versicherte hat hinsichtlich seiner mitversicherten Angehörigen (z.B. Ehepartner, eingetragene Partner, Kinder) mitzuteilen:

- Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des Ehepartners im In- oder Ausland
- Beginn einer eigenen Pflichtkrankenversicherung oder einer Mitgliedschaft zu einer Krankenfürsorgeeinrichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstgebers
- Verlegung des gewöhnlichen Aufenthaltes ins Ausland
- Unterbrechung/ Ende der Schul- oder Berufsausbildung
- Ableistung des Präsenz- bzw. Zivildienstes

Erkrankungen/Verletzungen

- Erkrankung/Verletzung im Zusammenhang mit einem Unfall (Verkehrsunfall, Arbeitsunfall)
- Erkrankung/Verletzung als Opfer eines Verbrechens
- Berufskrankheit
- anerkannte Dienstbeschädigung im Sinne des Heeresversorgungsgesetzes oder des Kriegsoferversorgungsgesetzes

Bei Befreiung von Kostenbeteiligung und Rezeptgebühr

- Verbesserung der eigenen Einkommensverhältnisse und jener von Haushaltsangehörigen

Bei GSVG-Zusatzversicherung

- Beginn der Arbeitsunfähigkeit mittels einer ärztlichen Bestätigung innerhalb von sieben Tagen
- Fortbestand der Arbeitsunfähigkeit mittels einer ärztlichen Bestätigung im Abstand von 14 Tagen. Nach einem Spital-, Kur- oder Genesungsaufenthalt ist der Fortbestand der Arbeitsunfähigkeit innerhalb von sieben Tagen zu melden.
- Ende der Arbeitsunfähigkeit zum ehestmöglichen Zeitpunkt

Infoblätter zu vielen wichtigen Themen finden Sie im Internet unter svs.at/info.

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen, 1051 Wien, Wiedner Hauptstraße 84–86, Tel. 050 808 808
Herausgeber: Druck - SVD-Büromanagement GmbH, Wien
Damit die Texte leichter lesbar bleiben, verzichten wir auf eine Unterscheidung des Geschlechts.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung geschlechtsneutral.

VS-017_GN, Stand: 2024-2

3 EINKOMMENSTEUER

3.1 Gewinnermittlung - Einkommensteuer

Die häufigste Art der Gewinnermittlung bei einem neu gegründeten Unternehmen ist die §4/3 Einnahmen-Ausgaben-Rechnung.

Dabei wird der Saldo („Gewinn“) eines Kalenderjahres versteuert, der sich ergibt, wenn man alle in diesem Jahr zugeflossenen Einnahmen um alle in diesem Jahr tatsächlich bezahlten betrieblichen Ausgaben kürzt.



Ab wann muss ich als Einnahmen-Ausgaben-Rechner zur Bilanzierung wechseln bzw. mich ins Firmenbuch eintragen lassen?

Die Pflicht zur Bilanzierung und Eintragung ins Firmenbuch entsteht nur für Unternehmer, welche in zwei aufeinander folgenden Jahren mehr als € 700.000 Umsatz erzielt haben oder bei einmaligem Überschreiten der € 1.000.000 Grenze.

Seit 1.1.2007 dürfen sich Einnahmen-Ausgaben-Rechner unter dieser Umsatzschwelle auch freiwillig ins Firmenbuch eintragen lassen, ohne bilanzieren zu müssen. Ein Vorteil der Eintragung ist u. a. die internationale Publizität in einem öffentlichen Register, "Markenrecht" - Schutz besteht dadurch allerdings nicht.

Bei mehreren Einkommensarten (z.B. Einkünfte aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit, Mieteinnahmen usw.) wird die Einkommensteuer von der Summe aller Einkunftsarten berechnet.

Investitionen in Maschinen und Geräte von mehr als € 1.000,00 (Vorjahr € 1.000,00) sind nicht sofort im selben Jahr Ausgaben, sondern auf die Nutzungsdauer („Abschreibungen“) zu verteilen. Ausgaben für Einkommensteuer und Umsatzsteuer sind keine Ausgaben, die den Gewinn kürzen.

Die Einkommensteuer für Einzelunternehmer und Gewinnanteile der Gesellschafter von Personengesellschaften errechnet sich folgendermaßen:

Für Veranlagungen **ab 2024** gilt:

Einkommensteile	Steuersatz
bis € 12.816	0%
€ 12.816 bis € 20.818	20%
€ 20.818 bis € 34.513	30%
€ 34.513 bis € 66.612	40%
€ 66.612 bis € 99.266	48%
99.266 bis € 1.000.000	50%
über € 1.000.000	55%

Ab Veranlagung für 2016 dürfen Einzelunternehmer (=natürliche Personen) bis 100% ihrer steuerpflichtigen Gewinne mit Vorjahresverlusten ausgleichen.

3.2 Betriebseröffnung

Als Gründer müssen Sie innerhalb des ersten Monats nach Beginn der Geschäftstätigkeit beim Finanzamt das Eröffnen Ihres Gewerbebetriebs sowie den Standort bekannt geben („Betriebseröffnungsanzeige“). Dabei genügt eine formlose schriftliche Mitteilung, mit der Sie auch gleich Ihre Steuernummer beantragen.

Vom Finanzamt bekommen Sie in Folge einen Fragebogen zugesandt, in dem auch der Umsatz und Gewinn des Eröffnungs- und des Folgejahrs abgefragt wird (Formular Verf 24).

Sie können Ihre UID-Nummer, aber auch den Beginn Ihrer Selbständigkeit bequem von zu Hause aus, in *FinanzOnline.bmf.gv.at/Menü/Eingaben/Anträge* als „Erklärungswechsel“ auf „Einkommensteuererklärung“ (statt Arbeitnehmerveranlagung) ab dem Jahr des Beginns/Gründung der Finanzverwaltung bekanntgeben, mit ähnlichen Angaben wie auf dem Formular Verf24 (das Sie weiterhin faxen können).



Diese Angaben im Finanzamt-Fragebogen dienen als Basis für die Vorauszahlung ihrer Einkommenssteuer. Gehen Sie dabei von realistischen Annahmen aus, um zu hohe Vorauszahlungen oder ebenso unangenehme Nachzahlungen zu vermeiden!

3.3 Betriebsausgaben

Am einfachsten werden die Betriebsausgaben mit einem Spesenverteiler (siehe Punkt 3.4) belegweise erfasst. Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Betriebsausgaben mit den entsprechenden Kennzahlen, wie sie auch auf den Formularen zur Einkommensteuererklärung (siehe Punkt 3.5) Anwendung finden.

Übersicht wichtiger steuerlich absetzbarer Betriebsausgaben

siehe auch E2-Ausfüllanleitung zur E1, BMF-Steuerbuch bzw. Einkommensteuerrichtlinien Rz 1457f

Betriebsausgaben sind mit dem bezahlten Rechnungsbetrag abzusetzen, mit oder ohne Umsatzsteuer - je nachdem, ob man zur Regelbesteuerung optiert hat bzw. die Brutto- oder Nettoverrechnungsmethode anwendet.

Bei einer gemischten Nutzung (betrieblich und privat) ist ein anteiliger Privatanteil auszuscheiden. Der Anteil der privaten Nutzung kann nur in den seltensten Fällen genau gemessen werden, er wird in aller Regel so gut wie möglich geschätzt. Der Privatanteil bemißt sich z.B. nach den anteiligen Quadratmetern, zeitlicher Nutzung, Leistung,

Einmal im Jahr hat der Steuerpflichtige, der Gewinne aus selbständiger oder gewerblicher Tätigkeit oder aus Land- und Forstwirtschaft erzielt, für das Finanzamt die Beilage E 1a für jede seiner Tätigkeiten auszufüllen. Hier finden Sie eine Übersicht, in welche Kennzahlen Sie die wichtigsten Betriebsausgaben einzutragen haben

Beilage E1a

Kennz.	Betriebsausgaben	Beachte, Hinweise + Privatanteile
9100	Waren, Rohstoffe, Hilfsstoffe	Waren- und Materialeinkauf, Fremdleistungen, bezahlte Honorarmoten
9120	Personalaufwand	lt. Lohnverrechnung, Lohnzettel, Lohnnebenkosten, Beiträge Gebietskrankenkasse, Finanzamt und Kommunalsteuer
9130	Afa - Abschreibungen auf das Anlagevermögen	Investitionen in Geräte, Maschinen, Computer > € 1000,- dürfen nicht im selben Jahr sofort zur Gänze abgeschrieben werden, sondern sind auf die Jahre der Nutzung zu verteilen, in der Regel 3-5 Jahre für PC + Maschinen, 10 Jahre für Möbel, 40 Jahre für Gebäude. Neu: seit 2020 darf alternativ zur linearen Afa von Investitionen ins Anlagevermögen eine degressive Afa für bestimmte Wirtschaftsgüter mit einem unveränderlichen Prozentsatz von höchstens 30% auf den jeweiligen Restbuchwert vorgenommen werden. Die Abschreibungsdauer wird dabei nicht verändert. Ein einmaliger Wechsel von der degressiven in die lineare Abschreibung ist möglich. Für betrieblich genutzte Gebäudeteile wurde eine beschleunigte Afa zur Auswahl vorgesehen. Anwendbar erstmalig für Wirtschaftsgüter/Gebäude, die ab 1.7.2020 angeschafft od hergestellt wurden.
9160	Reise- und Fahrtspesen	Fahrtkarten, Bahn- und Flugtickets im betrieblichen Interesse, vor allem insbesondere zu Kunden, Lieferanten, Partnerfirmen aber auch zu Seminaren, Fortbildung, Tagungen
9160	km-Gelder	Bei Fahrten mit einem Kfz, das zu nicht mehr als 50% betrieblich genutzt wird. Je gefahrenem Kilometer dürfen € 0,42 berücksichtigt werden. Über diese km ist ein detailliertes und genaues Fahrtenbuch zu führen (vgl. Vorlage anbei)
9160	Diäten, Taggelder	Für betrieblich veranlaßte "Reisen" z.B. zu Kunden, Geschäftspartnern oder zum Wareneinkauf, die über 3 Stunden dauern und mind. 25km entfernt sind, können Diäten geltend gemacht werden - Voraussetzung dafür ist ein Fahrtenbuch, vgl. Beilage. (Ausnahme bei ständigem Einsatzgebiet eines Vertreters). Im Inland betragen die amtlichen Sätze € 2,20 pro angefangener Stunde, max € 26,40 für jeweils 24 Stunden. Für jede Übernachtung ohne Nachweis Hotelrechnung dürfen € 15,- pauschal abgesetzt werden. Für Auslandsreisen gelten eigene Sätze je nach Stadt bzw. Staat.
9170	tatsächliche laufende Kfz-Kosten	Kfz ist Betriebsvermögen, wenn mehr als 50% betrieblich genutzt, Privatanteil in der Regel 10 bis 30% auszuscheiden, Reparaturen, Versicherungen, Tankrechnungen ... Es ist zu unterscheiden zwischen sog. "Fiskal-LKW" (Vorsteuer-Abzug) und PKW (keine Vorsteuer). Bei PKW ist zudem die sog. "Luxusgrenze" von € 40.000,- Neupreis zu beachten und darüber hinausgehende Aufwendungen anteilig zu kürzen.

Stand: März 2024

1 / 2

Beilage E 1a

Kennz.	Betriebsausgaben	Beachte, Hinweise + Privatanteile
9200	Bewirtung und Repräsentation	reine Repräsentationskosten ohne Werbecharakter sind steuerlich nicht abzugsfähig, bei der Bewirtung von Geschäftsfreunden im Zusammenhang mit konkreten Geschäftsabschlüssen sind steuerlich nur 50% absetzbar. Auf der Rückseite der Rechnungen sind Name und Zweck der Bewirtung zu notieren. Werbeaufwendungen, Anzeigen und Inserate sind zu dokumentieren, am besten bewahrt man Gästelisten und Programme der Veranstaltungen gut auf.
9230	alle übrigen Ausgaben, zB	
	Arbeitskleidung	nur, wenn typische Berufskleidung, die niemals in der Freizeit getragen wird (Arzt Kittel, Schutzanzüge, ...) NICHT: normaler Herrenanzug, "weiße T-shirts" ...
	Arbeitszimmer in Privatwohnung	Anteilige Errichtungskosten, Afa, Betriebskosten, Einrichtung und Kreditzinsen sind lt. Rechtsprechung des VwGH nur bei ganz bestimmten Berufsgruppen abzugsfähig, wenn es den (einzigen) Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit bildet (zB Konzertpianist übt zu hause, Schriftsteller, Heimarbeiter ...) NICHT: Lehrer, ...
	Aus- und Fortbildungskosten, Umschulungskosten	soweit zum Erwerb neuen oder zur Erhaltung und Ausweitung des bestehenden Erwerbseinkommens erforderlich; auch vorweggenommene und nachträgliche Werbungskosten sind steuerlich im Jahr der Zahlung abzugsfähig
	Computer, Laptop, Drucker	Nutzungsdauer 3-4 Jahre, Privatanteil zwischen 10 und 40% ist auszuscheiden
	Telephon, Internet	Tatsächliche Kosten abzgl. Privatanteil von 10 - 30% oder pauschal
	Fachliteratur	
	Büromaterial etc.	
9227 9229	15% Gewinn-Freibetrag ohne Investitionen bis € 30.000 od. 13% mit Investitionen bis € 100.000	Ab 1.1.2022 dürfen Einnahmen-Ausgaben-Rechner 15% ihres steuerpflichtigen Jahresgewinnes komplett steuerfrei stellen. Bis zu € 33.000 Gewinn und es sind keine Investitionen nötig, darüber hinaus sind 13% Gewinn-Freibetrag bis zu € 100.000 möglich, wenn sie um denselben Betrag in begünstigte neue körperliche Wirtschaftsgüter, Gebäude oder §14(7) Wertpapiere investieren und diese durchgehend für mindestens 4 Jahre im Betriebsvermögen nutzen.
ODER	Betriebsausgabenpauschale	Anstelle der tatsächlichen Ausgaben bzw. wenn Belege fehlen, dürfen 12% von den Einnahmen als Betriebsausgaben abgesetzt werden. Bei freiberuflichen oder gewerblichen Einkünften aus Beratung, Schriftstellern, Vortragenden, Wissenschaftlern, Unterrichtenden oder Erziehern bzw. bei Aufsichtsräten und Geschäftsführern dürfen nur 6% als pauschale Betriebsausgaben geltend machen werden. Manche nichtbuchführende Gewerbetreibende dürfen ihren Gewinn alternativ sogar mit anderen, spezielleren pauschale Betriebsausgaben ermitteln wie zB Maler oder Gastronomie – bitte beachten Sie dazu aber die Fristen und lassen Sie sich beraten

Die Angaben erfolgen nur exemplarisch zu Beispielzwecken ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ersetzen in keinem Fall die ausführliche Beratung durch einen berufsbeugten Wirtschaftstreuhänder.

ESR 2000 GZ 06 0104/9-IV/6/00 idF GZ BMF-010203/0501-VI/6/2007 vom 05. Dezember 2007
LSR 2002 GZ 07 2501/4-IV/7/01 idF GZ BMF-010222/0218-VI/7/2007 vom 21. November 2007
© Bundesministerium für Finanzen 59 - 40

Arbeitsplatzpauschale

Ab der Veranlagung 2022 können pauschale Aufwendungen für die betriebliche Nutzung der Wohnung geltend gemacht werden (z.B. für Miete, Strom oder Heizung) –unabhängig von bzw. zusätzlich zu wie bisher nicht wohnraumspezifische Geräte wie Computer, Drucker, Sessel usw. – bleiben zusätzlich abzugsfähig. Je nach Einkünften ist im Einzelfall zwischen "kleiner" (€ 300 p.A.) und "großer" Arbeitsplatzpauschale (€ 1.200 p.A.) zu wählen, vorausgesetzt dass es keinen anderen Raum außerhalb der Wohnung gibt, der für die betriebliche Tätigkeit der Selbständigkeit zur Verfügung steht und dass tatsächliche Ausgaben vorliegen (Dokumentation!). Werden Aufwendungen für ein „Arbeitszimmer“ gem. § 20 Abs. 1 Z 2 lit d EStG 1988 berücksichtigt, steht kein Arbeitsplatzpauschale zu. Wird die betriebliche Tätigkeit begonnen oder beendet und liegt aus diesem Grund ein Rumpfwirtschaftsjahr vor, ist eine Aliquotierung vorzunehmen. Werden mehrere betriebliche Tätigkeiten ausgeübt, steht es nur einmal zu und ist nach dem Verhältnis der Betriebseinnahmen aufzuteilen.

Investitionsfreibetrag

Als wirtschaftsfördernde Maßnahme wird ein Investitionsfreibetrag für nach dem 31.12.2022 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter zusätzlich zur Abschreibung, als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Der Investitionsfreibetrag beträgt 10% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Wirtschaftsgüter. Der Investitionsfreibetrag kann (nur) für Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von mindestens vier Jahren geltend gemacht werden. Weiters darf der Gewinn nicht durch Pauschalierung ermittelt werden. Für Wirtschaftsgüter, die dem Bereich Ökologisierung zuzuordnen sind, steht er in Höhe von 15% zu. Welche Investitionen in den Bereich Ökologisierung fallen, soll durch eine Verordnung näher festgelegt werden.

Betriebsausgaben - Pauschalierung

Speziell für Einnahmen-Ausgaben-Rechner gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, die jährlichen Betriebsausgaben mit einem fixen Prozentsatz anzusetzen. Bitte klären Sie diese Möglichkeit mit Ihrem Steuerberater ab.

Änderung ab 2020: Kleinunternehmerpauschalierung

Voraussetzung für die Anwendbarkeit der neuen Pauschalierung ist, dass der Jahresumsatz maximal € 35.000 beträgt und Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder selbständiger Tätigkeit vorliegen. Das Betriebsausgabenpauschale beträgt 45% der Betriebseinnahmen (ohne Umsatzsteuer) für produzierende Betriebe und 20% der Betriebseinnahmen für Dienstleistungsbetriebe. Ab der Veranlagung 2023 wird aufgrund der aktuellen Teuerung die Umsatzgrenze um € 5.000 angehoben und beträgt somit € 40.000.

Betriebsausgaben vor der Gründung

Auch Ausgaben vor Betriebseröffnung wie z.B. Aus- und Fortbildung bzw. Geschäftsumbau, vergebliche Ausgaben bzw. Ausgaben nach Beendigung dürfen unter Umständen steuerlich abgesetzt werden, wenn sie eindeutig mit einer Einkunftsquelle zusammenhängen.

„5.2.3.1 Vorweggenommene Betriebsausgaben

Aufwendungen können - auch bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern - schon vor der Betriebseröffnung anfallen. Eine zielstrebige Vorbereitung der Betriebseröffnung muss erkennbar sein. Dabei genügt es bereits, dass Aufwendungen zur Gewinnung der notwendigen Betriebsmittel gemacht werden.

Beispiele:

Aufwendungen zur Anschaffung der Betriebsmittel (VwGH 6.5.1980, 3371/79); Mietzahlungen für ein Geschäftslokal vor der Betriebseröffnung; vorbereitende Reisen zu potenziellen Kunden.

Die Absicht der Eröffnung des Betriebes ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen (z.B. Gewerbeanmeldung, Schriftverkehr mit potenziellen Geschäftspartnern, Einreichpläne, Kreditvereinbarungen, Kosten-Nutzenrechnung usw.). "Absicht" ist die nach außen hin

erkennbare Manifestation in Verbindung mit der objektiven Eignung, auf Dauer gesehen positive Ergebnisse zu erzielen.

Vorweggenommene Aufwendungen stellen keine Betriebsausgaben dar, wenn ersichtlich ist, dass die Ziele nicht auf einen Betrieb als Einkunftsquelle gerichtet waren (VwGH 10.11.1993, 93/13/0108).

Die entfernte Möglichkeit, mit den künftigen Mitgliedern eines zu gründenden Vereines in Geschäftsbeziehungen treten zu können, verleiht den Aufwendungen für die Vereinsgründung noch nicht die Eigenschaft von Betriebsausgaben (VwGH 27.6.2000, 95/14/0134).

5.2.3.2 Vergebliche Betriebsausgaben

Die tatsächliche Eröffnung des Betriebes ist nicht notwendige Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit der Aufwendungen (VwGH 26.11.1979, 2846/78), das gilt gleichfalls für eine angestrebte Geschäftsbeteiligung (VwGH 6.5.1980, 3371/79). Der Erwerb eines Nutzungsrechtes an landwirtschaftlichen Liegenschaften ohne einen Zusammenhang mit künftigen Einnahmen führt nicht zu abzugsfähigen Ausgaben (VwGH 12.4.1983, 82/14/0150). Die bloße Möglichkeit der späteren betrieblichen Verwendung eines Wirtschaftsgutes reicht für einen Abzug als Betriebsausgabe nicht aus (VwGH 11.10.1972, 0069/72).

5.2.3.3 Nachträgliche Betriebsausgaben

Aufwendungen, die nach Beendigung des Betriebes anfallen, sind bei Vorliegen eines Zusammenhanges mit der ehemaligen Tätigkeit als nachträgliche Betriebsausgaben abzugsfähig. Siehe dazu auch Rz 5501 ff und 6895 ff.“¹

¹ EStR 2000 GZ 06 0104/9-IV/6/00 idF GZ BMF-010203/0501-VI/6/2007 vom 05. Dezember 2007, Rz 1095f.

Exkurs: steuerliche Behandlung von Covid19 – Hilfen ab 3/2020

Bei der Vielzahl an verschiedenen Förderungen zur Abmilderung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID19 - Pandemie stellt sich die Frage, wie die einzelnen Förderungen steuerlich zu behandeln sind. Nicht jede Förderung ist nämlich für sich automatisch steuerfrei, selbst wenn dadurch die maximale Wirkung für von der Krise betroffene Unternehmen eintreten würde.

Vom Gesetzgeber wurde jedoch explizit (in § 124b Z 348 EStG) klargestellt, dass Förderungen, die aus dem COVID19-Krisenbewältigungsfonds, aus dem Härtefallfonds oder aus dem Corona-Krisenfonds finanziert werden – steuerfrei zu behandeln sind (unabhängig davon, wofür die Förderung verwendet wird). Folgende Maßnahmen werden aus solchen „steuerfreien“ Corona-Töpfen finanziert und sind somit steuerfrei:

- Fixkostenzuschuss I und II (800),
- NPO-Unterstützungsfonds,
- COVID-Investitionsprämie,
- Härtefallfonds,
- Verlustersatz,
- Verdienstentgang nach Epidemiegesetz,
- Kurzarbeitsbeihilfe.

Hingegen nicht steuerfrei sind dezidiert der Umsatzersatz sowie der Ausfallsbonus (Quelle: Astoria Wirtschaftsberatung, Newsletter April 2021).

Im Übrigen kürzt der nachträgliche Zufluss einer allfällig vor dem 28. Februar 2021 (=Fristende) beantragte 7-14% AWS Investitionsprämie die steuerlich mit Afa absetzbaren Anschaffungskosten ebenso wenig wie der Gewinnfreibetrag, welche beide zwar aufs

betriebliche Bankkonto zufließen, aber steuerfrei bleiben. Steuerfreie Beträge können außerbücherlich mittels Mehr-Weniger-Rechnung in der E1a korrigiert werden.

Bezüglich der richtigen steuerlichen Behandlung der Covid19 – Hilfen, insbesondere beim §4/3 Einnahmen-Ausgaben-Rechner (gilt das Jahr der Inanspruchnahme oder Zeitpunkt des Zuflusses?), wenden Sie sich bitte an Ihren Steuerberater oder Ihre Steuerberaterin.

3.4 **Spesenverteiler**

Mittels des Spesenverters werden die laufenden Einnahmen und Ausgaben erfasst, dokumentiert und den entsprechenden Einnahmen- und Ausgabenarten zugeordnet. Eine praktische Excelvorlage finden Sie auch auf dem **EASY**-Datenträger.

Die Vorlage enthält MS Excel Makro-Funktionen, mit denen Sie Zusatzspalten und Zeilen einfügen können. So kann man beispielsweise die tatsächlich benötigten Ausgabenarten ändern/ergänzen und diese mit dem Formular E1a (Anlage zur Einkommensteuererklärung) abstimmen.

3.5 Anforderungen bezüglich der Aufzeichnungspflicht

Mit welchen technischen Hilfsmitteln und wie genau die Aufzeichnungen geführt werden, bleibt letztlich jedem selbst überlassen. So kann ein Fahrtenbuch beispielsweise mit MS-Excel (siehe Vorlage auf dem **EASY**-Datenträger!) oder auch mit modernen Handy-Apps geführt werden. Dem Finanzamt müssen jedenfalls Nachweise erbracht bzw. Aufzeichnungen vorgelegt werden, die nachträglich nicht veränderbar sind, ohne dass erkennbar ist, was ursprünglich erfasst war („Radierverbot“). Unter Umständen reicht sogar die Vorlage von Park- und/oder Tankrechnungen zusammen mit handschriftlichen Stehkalendern mit allen beruflichen Terminen. Bei Benützung von Excel-Vorlagen heißt dies für die Praxis, dass diese monatlich ausgedruckt, chronologisch abgelegt und im Spesenverteiler eingetragen („verbucht“) werden sollten.

3.6 Belegaufbewahrung

Die Steuererklärungen haben alle Einnahmen und Belege vollständig, geordnet und nachvollziehbar abzubilden, sodass auch später noch jederzeit eine Überprüfung durch das Finanzamt erfolgen kann. Die Belege sind zumindest 7 Jahre lang aufzubewahren.

Gegen eine Aufbewahrung aller BH-Belege, vollständig und zeitlich sortiert **in digitaler Form** statt (nur) in Papier spricht grundsätzlich nichts, wenn und sofern gewährleistet ist, dass es sich um eine nicht veränderte und auch nicht mehr veränderbare Kopie der Originale handelt, z.B. als *.pdf insbesondere in einem revisionssicheren DMS Archiv.

Routinemäßige Betriebsprüfungen durch das Finanzamt umfassen in der Regel 3 veranlagte Kalenderjahre und sind jederzeit möglich.

FIBU/Software

Es gibt ein umfangreiches Softwareangebot am Markt, mit unterschiedlichem Funktionsumfang und teilweise auch kostengünstig, also auch ideal für Neugründer*innen (beispielsweise und exemplarisch proSaldo, informer, sevDesk, Boxit u.a.). Neben der papierlosen und digitalen Buchhaltung sind (oft gegen Aufpreis) die Angebotslegung, die Fakturierung, das Mahnwesen und auch Kundenstammdaten (CRM) Teil der Softwarepakete. **ACHTUNG:** vor allem günstigen Programme sind teilweise eingeschränkt kompatibel zu vor- und nachgelagerten Systemen (z.B. e-Banking, Steuerberater, Warenwirtschaft). Sprechen Sie vorher mit Ihrem Steuerberater, um die Zusammenarbeit effizient zu gestalten und hohe Folgekosten einer nicht vorhandenen Schnittstelle zu vermeiden

3.7 Anlagen zur Einkommensteuer

- Muster für die Einkommensteuererklärungen (E1) und die Beilage zur Einkommensteuererklärung (E1a) liegen auf den folgenden Seiten bei.
- Muster Fahrtenbuch.xls (siehe auch beiliegender **EASY**-Datenträger)



Datenschutzerklärung auf bmf.gv.at/datenschutz
oder auf Papier in allen Finanz- und Zolidienststellen

An das

- ☐ Finanzamt Österreich, Postfach 260, 1000 Wien
☐ Finanzamt für Großbetriebe, Postfach 251, 1000 Wien

Eingangsvermerk

2023

Dieses Formular wird maschinell gelesen, füllen Sie es daher nur mittels Tastatur und Bildschirm aus. **Eine handschriftliche Befüllung ist unbedingt zu vermeiden.** Betragsangaben in EURO und Cent (rechtsbündig). Eintragungen außerhalb der Eingabefelder können maschinell nicht gelesen werden. **Die stark hervorgehobenen Felder sind jedenfalls auszufüllen.** In dieser Erklärung ist auch die Verwendung einer anerkannten Volkssprachensprache zulässig.

Steuernummer	10-stellige Sozialversicherungsnummer laut e-card ¹⁾	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) (Wenn keine SV-Nummer vorhanden, jedenfalls auszufüllen)
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
FAMILIEN- ODER NACHNAME		
<input type="text"/>		
VORNAME	TITEL	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Einkommensteuererklärung für 2023

Wird ohne nähere Bezeichnung auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, ist darunter das Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988) zu verstehen.

Weitere Informationen zur Einkommensteuererklärung finden Sie in der Ausfüllhilfe (**Formular E 2**) oder auf **bmf.gv.at**.

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen **richtig und vollständig** mache. Die Angaben werden überprüft; unrichtige oder unvollständige Angaben können strafrechtliche Folgen haben. Sollte ich nachträglich erkennen, dass die Angaben in der Erklärung unrichtig oder unvollständig sind, werde ich das Finanzamt davon unverzüglich in Kenntnis setzen (§ 139 Bundesabgabenordnung).

Diese Erklärung können Sie auch papierlos über **bmf.gv.at** (FinanzOnline) einbringen.

FinanzOnline steht Ihnen kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung. Sie benötigen dafür keine spezielle Software.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

1. Weitere Angaben zur Person

1.1 Geschlecht

- ☐ weiblich ☐ männlich ☐ inter/divers/of en

1.2 Personenstand am 31.12.2023 (Bitte nur ein Kästchen ankreuzen)

- ☐ verheiratet/in eingetragener Partnerschaft lebend ☐ in Lebensgemeinschaft lebend
☐ ledig ☐ dauernd getrennt lebend ☐ geschieden ☐ verwitwet

seit Datum (TT.MM.JJJJ)

2. Derzeitige Wohnanschrift

2.1 Straße

2.2 Hausnummer

2.3 Stiege

2.4 Türnummer

2.5 Land ²⁾

2.6 Ort

2.7 Postleitzahl

2.8 Telefonnummer

bmf.gv.at

Bundesministerium
Finanzen



¹⁾ Geben Sie hier die vom österreichischen Sozialversicherungsträger vergebene 10-stellige Versicherungsnummer vollständig an.

²⁾ Geben Sie als Land das Kfz-Nationalitätszeichen an, wenn der derzeitige Wohnsitz nicht in Österreich ist.



3. Partner*in ³⁾

3.1 Familien- oder Nachname

3.2 Vorname

3.3 Titel

3.4 10-stellige Sozialversicherungsnummer
laut e-card ¹⁾

3.5 Geburtsdatum (TTMMJJJJ) (Wenn **keine**
SV-Nummer vorhanden, **jedenfalls** auszufüllen)

4. Alleinverdienerabsetzbetrag, Alleinerzieherabsetzbetrag, Kindermehrbetrag

4.1 Alleinverdienerabsetzbetrag, Alleinerzieherabsetzbetrag ¹⁾

4.1.1 ☐ **Alleinverdienerabsetzbetrag** wird beantragt und ich erkläre, dass mein*e Partner*in diesen nicht in Anspruch nimmt.

4.1.2 ☐ **Alleinerzieherabsetzbetrag** wird beantragt.

Hinweis zu Punkt 4.1.1 und 4.1.2: Bezug von Familienbeihilfe für mindestens ein Kind laut Punkt 4.1.3 erforderlich.

4.1.3 **Anzahl der Kinder**, für die ich oder mein*e Partner*in für mindestens **sieben Monate** die Familienbeihilfe bezogen habe/hat.
Zur steuerlichen Berücksichtigung von Kindern verwenden Sie bitte für jedes Kind eine eigene **Beilage L 1k**.

4.2 Kindermehrbetrag ²⁾

4.2.1 Ich habe den Alleinverdienerabsetzbetrag (Punkt 4.1.1) oder den Alleinerzieherabsetzbetrag (Punkt 4.1.2) **beantragt**:

☐ Ich erkläre für einen allfälligen Kindermehrbetrag, dass ich 2023 betriebliche oder Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit an zumindest 30 Tagen oder im gesamten Kalenderjahr nur Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz, Wochengeld oder Pflegekarenzgeld bezogen habe.

4.2.2 Ich habe den Alleinverdienerabsetzbetrag (Punkt 4.1.1.) **nicht beantragt** und beziehe die Familienbeihilfe:

☐ Ich erkläre für einen allfälligen Kindermehrbetrag, dass ich 2023 betriebliche oder nichtselbständige Einkünfte an zumindest 30 Tagen oder im gesamten Kalenderjahr nur Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz, Wochengeld oder Pflegekarenzgeld bezogen habe und mein*e (Ehe-)Partner*in 2023 aus betrieblichen und/oder nichtselbständigen Einkünften ein Einkommen erzielt hat, aus dem sich eine Einkommensteuer vor Abzug der Absetzbeträge von weniger als 550 Euro ergibt. Dieser Betrag erhöht sich für jedes weitere Kind um 550 Euro.

5. Höhe der Einkünfte von Ehepartner*in oder eingetragener*eingetragenen Partner*in

Bitte nur ankreuzen, wenn nicht bereits Punkt 4.1 (Alleinverdienerabsetzbetrag) angekreuzt wurde.

☐ Ich erkläre, dass die jährlichen Einkünfte meiner*meines Ehepartners*in oder meiner*meines eingetragenen Partners*in 6.312 Euro nicht überschritten haben [In diesem Fall steht ein geringerer Selbstbehalt bei außergewöhnlichen Belastungen (Formular L 1ab) und behinderungsbedingte Aufwendungen der*des Ehepartners*in oder der*des eingetragenen Partners*in (Formular L 1ab) zu].

6. Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag

☐ Ich beantrage den erhöhten Pensionistenabsetzbetrag. (Voraussetzungen: Eigene Pensionseinkünfte nicht mehr als 26.826 Euro, kein Anspruch auf Absetzbeträge gemäß Punkt 4, verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend - Einkünfte der*des Ehepartners*in oder der*des eingetragenen Partners*in nicht mehr als 2.315 Euro jährlich).

7. Mehrkindzuschlag ³⁾

☐ Ich beanspruche den Mehrkindzuschlag **für 2024**, da für 2023 zumindest zeitweise Familienbeihilfe für mindestens 3 Kinder bezogen wurde und das Haushaltseinkommen 55.000 Euro nicht überstiegen hat.
Wenn Sie mehr als 6 Monate in einer Ehe, Lebensgemeinschaft oder eingetragenen Partnerschaft gelebt haben, ist auch das Einkommen der*des Ehepartners*in oder eingetragener*eingetragenen Partner*in bei der Berechnung der Grenze von 55.000 Euro zu berücksichtigen.

8. Regelbesteuerungsoption bei Kapitalerträgen, Einkünften aus Grundstücksveräußerungen und Einkünften aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten

8.1 ☐ Ich beantrage die Besteuerung der betrieblichen und/oder privaten **Kapitalerträge**, auf die ein besonderer Steuersatz anwendbar ist, nach dem allgemeinen Steuertarif (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs. 5) ⁴⁾

8.2 ☐ Ich beantrage die Besteuerung der betrieblichen und/oder privaten Substanzgewinne betref end **Grundstücke** (Grundstücksveräußerungen und Entnahmen von Betriebsgrundstücken), auf die der besondere Steuersatz anwendbar ist, nach dem allgemeinen Steuertarif (Regelbesteuerungsoption gemäß § 30a Abs. 2) ⁵⁾

8.3 ☐ Ich beantrage die Besteuerung von Einkünften aus Leitungsrechten, von denen eine Abzugsteuer von 10% einbehalten worden ist, nach dem allgemeinen Steuertarif (§ 107 Abs. 11) ⁶⁾

¹⁾ Geben Sie hier die vom österreichischen Sozialversicherungsträger vergebene 10-stellige Versicherungsnummer vollständig an.

³⁾ **Partner*in** sind Ehepartner*in, eingetragene*r Partner*in. Weiters Lebensgefährten*innen mit mindestens einem Kind für das mindestens sieben Monate die Familienbeihilfe bezogen wurde (§ 106 Abs. 3). Sie werden im Folgenden – wenn nicht anders angeführt – als „Partner*in“ bezeichnet.



9. Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4)

Für den Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht verwenden Sie bitte die Beilage L 1i (Punkt 6 des Formulars L 1i).



10. - 12. Betriebliche Einkünfte aus (Beträge in Euro)	10. Land- und Forst- wirtschaft ⁷	11. selbständiger Arbeit ⁸	12. Gewerbe- betrieb ⁹
1. Als Einzelunternehmer*in - Ergebnis aus der/ den Beilage(n) E 1a oder E 1a-K, bei land- und forstwirtschaftlicher Pauschalierung aus E 1c ⁴⁾			
2. Als Beteiligte*r (Mitunternehmer*in) - Ergebnis aus der Beilage E 11 ⁴⁾			
3. Davon auscheiden wegen Verteilung der Einkünfte auf 3 Jahre ¹⁰	311 -	321 -	327 -
auf 5 Jahre ¹¹	312 -	322 -	328 -
4. <input type="checkbox"/> Ich beantrage gemäß § 37 Abs. 9 unwiderruflich, meine positiven Einkünfte aus künstlerischer und/oder schriftstellerischer Tätigkeit auf das Erklärungs- jahr und die beiden Vorjahre gleichmäßig zu verteilen. In Kennzahl 325 sind daher 2/3 auszuscheiden. ⁵⁾	12 325 -		
5. Anzusetzende Teilbeträge aus einer Einkünftever- teilung gemäß Punkt 3 und/oder 4 eines anderen Jahres ¹³	314 +	324 +	326 +
6. Bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption gemäß Punkt 8.1: In Punkt 1. und/oder 2. nicht enthaltene betriebliche Kapitalerträge (Früchte und Substanz), soweit sie nicht in den Kenn- zahlen 917/918/919 zu erfassen sind ¹⁴	780 +	782 +	784 +
7. Bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption gemäß Punkt 8.1: In den Kennzahlen 780/782/ 784 nicht enthaltene betriebliche Kapitalerträge (Früchte und Substanz), auf die ausländische Quellensteuer anzurechnen ist ¹⁵	917	918	919
8. Bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption gemäß Punkt 8.2: In Punkt 1. und/oder 2. nicht enthaltene Substanzgewinne betref end Be- triebsgrundstücke ¹⁶	500 +	501 +	502 +
Summe aus 1. bis 8.	310	320	330
9. Verteilung von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft auf drei Jahre gem. § 37 Abs. 4 ¹⁷			
9.1 <input type="checkbox"/> Ich beantrage gemäß § 37 Abs. 4, Einkünfte gemäß § 21 gleichmäßig auf drei Jahre verteilt zu berücksichtigen. ⁶⁾			
9.2 In den Einkünften aus Land- und Forstwirt- schaft enthaltene positive Einkünfte gemäß § 37 Abs. 4, die auf das Erklärungsjahr und die beiden Folgejahre gleichmäßig zu verteilen sind	151		
9.3 <input type="checkbox"/> Ich gebe bekannt, dass die Einkünfteverteilung im Erklärungsjahr endet (§ 37 Abs. 4 Z 8) Achtung: Kennzahl 151 darf nicht ausgefüllt werden.			
9.3.1 <input type="checkbox"/> Ich beantrage, die noch nicht berücksichtigten Drittelbeträge im Erklärungsjahr und den folgenden drei Jahren gleichmäßig verteilt zu je einem Viertel zu erfassen. ⁷⁾			
9.3.2 <input type="checkbox"/> Ich beantrage, die noch nicht berücksichtigten Drittelbeträge im Erklärungsjahr zur Gänze zu erfassen. ⁷⁾			
Besondere Steuersätze			
Betriebliche Kapitalerträge , die mit dem besonderen Steuersatz zu besteuern sind			
10. In den Kennzahlen 310/320/330 nicht enthal- tene in- und ausländische Kapitalerträge (Früchte und Substanz), auf die keine ausländische Quellen- steuer anzurechnen ist und die mit dem beson- deren Steuersatz von 27,5% zu besteuern sind. ¹⁸	946 +	947 +	948 +
11. In den Kennzahlen 310/320/330 nicht enthalte- ne in- und ausländische Kapitalerträge, auf die keine ausländische Quellensteuer anzurechnen ist und die mit dem besonderen Steuersatz von 25% zu besteuern sind. ¹⁸	781 +	783 +	785 +
12. In den Kennzahlen 310/320/330 nicht enthalte- ne in- und ausländische Kapitalerträge (Früchte und Substanz), auf die ausländische Quellen- steuer anzurechnen ist und die mit dem beson- deren Steuersatz von 27,5% zu besteuern sind. ¹⁹	949 +	950 +	951 +
13. In den Kennzahlen 310/320/330 nicht enthalte- ne in- und ausländische Kapitalerträge, auf die ausländische Quellensteuer anzurechnen ist und die mit dem besonderen Steuersatz von 25% zu besteuern sind. ¹⁹	920 +	921 +	922 +

⁴⁾ Ohne endbesteuerungsfähige Kapitalerträge, Substanzgewinne betref end Kapitalvermögen und betref end Betriebsgrundstücke, auf die ein
besonderer Steuersatz anwendbar ist.⁵⁾ Gleichzeitig beantrage ich, Anspruchszinsen (§ 205 BAO) insoweit nicht festzusetzen, als der Differenzbetrag an Einkommensteuer für die
Vorjahre Folge des obigen Antrags ist.⁶⁾ Wurde der Antrag bereits im Vorjahr gestellt, ist er nicht mehr zu stellen.⁷⁾ Der Antrag ist nur zulässig, wenn das Veranlagungsjahr zumindest das zweitfolgende Jahr nach der erstmaligen Verteilung ist.**E 1-PDF-2023**

E 1, Seite 3, Version vom 05.10.2023



Substanzgewinne betref end Betriebsgrundstücke, die mit dem besonderen Steuersatz zu besteuern sind					
14. Substanzgewinne betref end Betriebsgrundstücke, die mit dem besonderen Steuersatz von 30% zu besteuern sind	20	961	+	962	+
15. Substanzgewinne betref end Betriebsgrundstücke, die mit dem besonderen Steuersatz von 25% zu besteuern sind	20	551	+	552	+
Anzurechnende Steuer					
auf betriebliche Kapitalerträge (KESt, ausländische Quellensteuer)					
16. Kapitalertragsteuer in Höhe von 27,5% , soweit sie auf betriebliche inländische Kapitalerträge entfällt		955	+	956	+
17. Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% , soweit sie auf betriebliche inländische Kapitalerträge entfällt		580	+	581	+
18. Auf betriebliche Kapitalerträge, die dem besonderen Steuersatz von 27,5% unterliegen, entfallende anzurechnende ausländische Quellensteuer	19	958	+	959	+
19. Auf betriebliche Kapitalerträge, die dem besonderen Steuersatz von 25% unterliegen, entfallende anzurechnende ausländische Quellensteuer	19	923	+	924	+
auf Substanzgewinne betref end Betriebsgrundstücke (Immobilienvertragssteuer, ausländische Steuer, besondere Vorauszahlung)					
20. Immobilienvertragssteuer in Höhe von 30% , soweit sie auf betriebliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen entfällt		964	+	965	+
21. Immobilienvertragssteuer in Höhe von 25% , soweit sie auf betriebliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen entfällt		583	+	584	+
22. Besondere Vorauszahlung in Höhe von 30% , soweit sie auf betriebliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen entfällt ⁸⁾		967	+	968	+
23. Besondere Vorauszahlung in Höhe von 25% , soweit sie auf betriebliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen entfällt ⁸⁾		589	+	590	+
24. Auf Einkünfte aus betrieblichen Grundstücksveräußerungen, die dem besonderen Steuersatz von 30% unterliegen, entfallende anzurechnende ausländische Steuer		970	+	971	+
25. Auf Einkünfte aus betrieblichen Grundstücksveräußerungen, die dem besonderen Steuersatz von 25% unterliegen, entfallende anzurechnende ausländische Steuer		586	+	587	+
auf Einkünfte aus Leitungsrechten , die auf Grund der Ausübung der Regelbesteuerungsoption nach dem Tarif besteuert werden (Abzugsteuer gemäß § 107)					
26. Abzugsteuer gemäß § 107	6	286	+	287	+

In Kennzahl 330 enthaltene Einkünfte, die gemäß Anlage 2 zum BSVG beitragsbegründend wirken (z.B. Einkünfte aus gewerblicher Nutztierhaltung und Pflanzenproduktion)	491
In Kennzahl 330 enthaltene Einkünfte, die gemäß Anlage 2 zum BSVG beitrags erhöhend wirken (z.B. Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichem Nebenerwerb)	492

13. Wartetastenregelungen (§ 2 Abs. 2a und § 23a)					
In den betrieblichen Einkünften sind nicht ausgleichsfähige Verluste im Sinne des § 2 Abs. 2a enthalten:	a) Eigener Betrieb	21	341	+	
	b) Beteiligungen	22	342	+	
Verrechenbare Verluste aus Vorjahren sind mit positiven betrieblichen Einkünften auszugleichen in Höhe von:	a) Eigener Betrieb	23	332	—	
	b) Beteiligungen	23	346	—	
Ausgleichs- bzw. vortragsfähiger Verlust gemäß § 23a aus einem Einlageüberhang (einer Haftungsanspruchsnahme), der das Ergebnis aus der Beteiligung an der Mitunternehmerschaft nicht vermindert hat (Betrag aus Kennzahl 9405/7405 der Beilage E 6a-1)					
In den außerbetrieblichen Einkünften sind nicht ausgleichsfähige Verluste im Sinne des § 2 Abs. 2a enthalten		25	371	+	
Verrechenbare Verluste aus Vorjahren sind mit positiven außerbetrieblichen Einkünften auszugleichen in Höhe von:		26	372	—	



⁸⁾ Beachten Sie bitte: Tragen Sie hier bitte nur den Betrag ein, der an besonderer Vorauszahlung für betriebliche Grundstücksveräußerungen entrichtet worden ist. Eine abgeführte Immobilienvertragssteuer ist nicht hier, sondern bei den Kennzahlen **964/965/966** oder **583/584/585** einzutragen.

E 1-PDF-2023

E 1, Seite 4, Version vom 05.10.2023



14. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

14.1	<input type="text"/>	Anzahl der inländischen gehalts- oder pensionsauszahlenden Stellen im Jahr 2023 Sofern keine Bezüge vorhanden sind, den Wert 0 (Null) eintragen. Die Beilage eines Lohnzettels ist nicht erforderlich. Folgende Bezüge zählen nicht zur „Anzahl der gehalts- oder pensionsauszahlenden Stellen“: Arbeitslosengeld, Krankengeld, Notstandshilfe, Wochengeld, Rehabilitationsgeld, Pflegegeld, Pflegekarenzgeld, Entschädigungen für Waf en- übungen, Weiterbildungsgeld, Bildungsteilzeitgeld u. Ä., rückgezahlte Pflichtbeiträge, Bezüge aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds, Bezüge aus einer betrieblichen Vorsorge, Bezüge aus der Bauarbeiter-, Urlaubs- und Abfertigungskasse, Überbrückungshilfe, Bezüge auf Grund eines Dienstleistungsschecks. Sollten Sie mehrere Pensionen bezogen haben, die bereits gemeinsam lohnversteuert worden sind, ist für diese gemeinsam versteuerten Pensionen eine einzige pensionsauszahlende Stelle anzugeben.
14.2	Steuerfreie Einkünfte auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarungen (z.B. UNO, UNIDO)	<input type="text"/> 27 <input type="text"/> 725
Für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug verwenden Sie die Beilage L 1i .		

15. Pendlerpauschale/Pendlereuro

Erläuterungen zum Pendlerpauschale/-euro und zum erhöhten Verkehrsabsetzbetrag finden Sie im Steuerbuch 2024. 28		
Nur ausfüllen, wenn der Betrag nicht bereits durch Ihre* Ihren Arbeitgeber*in in richtiger Höhe berücksichtigt wurde. Hinweis: Die Kenn- zahlen 718 und 916 sind gemeinsam auszufüllen. Die Berechnung erfolgt laut Pendlerrechner unter bmf.gv.at/pendlerrechner .		
15.1	Pendlerpauschale - tatsächlich zustehender Jahresbetrag Abzüglich eines Kostenersatzes für ein Öff -Ticket.	<input type="text"/> 718
15.2	Pendlereuro (Absetzbetrag) - tatsächlich zustehender Jahresbetrag	<input type="text"/> 916

16. Werbungskosten

16.1	Werbungskosten ohne Anrechnung auf das Werbungskostenpauschale Achtung: Sofern kein Arbeitszimmer berücksichtigt wird, wird ein als Werbungskosten zu berücksichtigendes Homeof ce-Pauschale aus dem/den Lohnzettel(n) automatisch berücksichtigt und ist daher nicht anzugeben.	
16.1.1	Gewerkschaftsbeiträge und sonstige Beiträge zu Berufsverbänden und Interessensver- tretungen - tatsächlicher Gesamtjahresbetrag - ausgenommen Betriebsratumlage. Nur ausfüllen, wenn nicht bereits durch Ihre* Ihren Arbeitgeber*in (im Lohnzettel) in richtiger Höhe berücksichtigt.	<input type="text"/> 717
16.1.2	Gesamte Ausgaben im Jahr 2023 für ergonomisch geeignetes Mobiliar für Homeof ce (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Schreibtischlampe) bei zumindest 26 Homeof ce-Tagen Achtung: Es darf keine Eintragung in Kennzahl 159 und/oder Kennzahl 9275 (E 1a oder E 1a-K) erfolgen. Hier sind nur Ausgaben des Jahres 2023 (in voller Höhe) anzugeben. Ausgaben aus Vorjahren, die den Höchstbetrag von 300 Euro überschritten haben, werden automatisch berücksichtigt und dürfen hier nicht eingetragen werden. 29	<input type="text"/> 158
16.1.3	Pflichtbeiträge auf Grund einer geringfügigen Beschäftigung und Pflichtbeiträge für mit- versicherte Angehörige sowie selbst einbezahlte SV-Beiträge	<input type="text"/> 274
Weitere Werbungskosten - Geben Sie jeweils den Jahresbetrag der Aufwendungen abzüglich steuerfreier Ersätze oder Vergütungen an. Betragen die Werbungskosten weniger als 132 Euro jährlich, ist eine Eintragung nicht erforderlich.		
16.2	Werbungskosten mit Anrechnung auf das Werbungskostenpauschale	
16.2.1	Genaue Bezeichnung Ihrer beruflichen Tätigkeit (z.B. Koch, Verkäufer*in; nicht ausreichend ist Angestellte*r, Arbeiter*in)	
16.2.2	Digitale Arbeitsmittel (z.B. Computer, Internet) ohne Kürzung um ein allfälliges Home- of ce-Pauschale (bei Anschaf ungen über 1.000 Euro tragen Sie hier nur die jährliche Abschreibung ein)	<input type="text"/> 169
16.2.3	Andere Arbeitsmittel, die nicht in Kennzahl 169 zu erfassen sind (bei Anschaf ungen über 1.000 Euro tragen Sie hier nur die jährliche Abschreibung ein)	<input type="text"/> 719
16.2.4	Fachliteratur (keine allgemein bildenden Werke wie Lexika, Nachschlagewerke, Zeitungen etc.)	<input type="text"/> 720
16.2.5	Beruf lich veranlasste Reisekosten (ohne Fahrtkosten Wohnung/Arbeitsstätte und Familienheimfahrten)	<input type="text"/> 721
16.2.6	Fortbildungs-, Ausbildungs- und Umschulungskosten	<input type="text"/> 722
16.2.7	Kosten für Familienheimfahrten	<input type="text"/> 300
16.2.8	Kosten für doppelte Haushaltsführung	<input type="text"/> 723
16.2.9	Arbeitszimmer Achtung: Es darf keine Eintragung in Kennzahl 158 erfolgen. Nur abzugsfähig, wenn das Arbeitszimmer Mittelpunkt der gesamten beruf lich Tätigkeit ist.	<input type="text"/> 159
16.2.10	Sonstige Werbungskosten, die nicht unter 16.2.2 bis 16.2.9 fallen (z.B. Betriebsratumlage) Achtung: Ein als Werbungskosten zu berücksichtigendes Homeof ce-Pauschale wird aus dem/den Lohnzettel(n) automatisch berücksichtigt und darf hier nicht eingetragen werden	<input type="text"/> 724



E 1-PDF-2023

E 1, Seite 5, Version vom 05.10.2023



16.2.11 Zur Geltendmachung eines Berufsgruppenpauschales tragen Sie ein:

A: Artist*in **FM:** Forstarbeiter*in mit Motorsäge **V:** Vertreter*in
B: Bühnengehörige*r, Filmschauspieler*in **FO:** Forstarbeiter*in ohne Motorsäge, Förster*in, Berufsjäger*in im Revierdienst **P:** Mitglied einer Stadt-, Gemeinde- oder Ortsvertretung
F: Fernsehchef ende*r **HA:** Hausbesorger*in, soweit er*sie dem Hausbesorgergesetz unterliegt **E:** Expatriate im Sinne § 1 Z 11 der Verordnung⁹⁾
J: Journalist*in **HE:** Heimarbeiter*in

Beruf - Kurzbezeichnung	Zeiträume der Tätigkeiten: Beginn (TTMM) - Ende (TTMM)	Erhaltene Kostenersätze ausgenommen Homeoffice-Pauschale ¹⁰⁾
<input type="text"/>	<input type="text"/> bis <input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/> bis <input type="text"/>	<input type="text"/>

Summe der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (muss nicht ausgefüllt werden)

17. Einkünfte aus Kapitalvermögen

Für Einkünfte aus Kapitalvermögen verwenden Sie bitte die Beilage E 1kv.

18. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

18.1	Von Grundstücken und Gebäuden - Ergebnis aus der/den Beilage(n) E 1b	
18.2	Als Beteiligte*r - Ergebnis aus der Beilage E 11	
18.3	Einkünfte aus der Veräußerung von Miet- und Pachtzinsforderungen (§ 28 Abs. 1 Z 4)	546
18.4	Einkünfte aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten (§ 107), die <input type="checkbox"/> im Umfang von 33 % des Auszahlungsbetrages (ohne USt) <input type="checkbox"/> in der durch ein Gutachten nachgewiesenen Höhe zu besteuern sind (Ausübung der Regelsteuerungsoption gemäß § 107 Abs. 10)	30 547
18.5	Sonstige Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (z.B. Einkünfte aus Betriebsverpachtung nach einer Betriebsaufgabe)	373
Summe aus 18.1 bis 18.5		370
18.6	Abziehender Fünftelbetrag eines Verlustes aus privaten Grundstücksveräußerungen des Veranlagungsjahres gemäß Punkt 19.1.3 oder eines Vorjahres (höchstens Saldo aus den Punkten 18.1, 18.2 und 18.3)	37 973
18.7	<input type="checkbox"/> Ich beantrage, 60% des Verlustes aus privaten Grundstücksveräußerungen des Veranlagungsjahres mit dem Saldo aus den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gemäß den Punkten 18.1, 18.2 und 18.3 auszugleichen. Zu berücksichtigen sind (60 % des Betrages gemäß Punkt 19.1.3, höchstens der Saldo)	974

19. Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen ³¹

☐ Die Veräußerung betrifft (auch) Grund und Boden, der zuvor aus einem Betriebsvermögen zum Buchwert entnommen worden ist

19.1	Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen auf die der besondere Steuersatz anwendbar ist	30% ³²	25% ³³
19.1.1	Pauschal ermittelte Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen (§ 30 Abs. 4 „Altvermögen“) (14% des Veräußerungserlöses; § 30 Abs. 4 Z 2)	34 985 +	572 +
	Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen bei Umwidmung (60% des Veräußerungserlöses; § 30 Abs. 4 Z 1)	35 986 +	573 +
	<input type="checkbox"/> Bei Ermittlung der Einkünfte gemäß Kennzahlen 985/986 bzw. 572/573 erfolgte eine Nacherfassung begünstigter Herstellungsaufwendungen (§ 30 Abs. 4 letzter Satz)		
19.1.2	Nicht pauschal ermittelte Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen (§ 30 Abs. 3, „Neuvermögen“) und bei Option gemäß § 30 Abs. 5 auch „Altvermögen“)	36 987	574
19.1.3	Saldo aus den Kennzahlen 985/986/987 bzw. 572/573/574	37	

⁹⁾ Nur Arbeitnehmer*innen, die im Auftrag einer*ines ausländischen Arbeitgebers*in in Österreich im Rahmen eines Dienstverhältnisses zu einer österreichischen Konzerngesellschaft oder einer österreichischen Betriebsstätte der*des ausländischen Arbeitgebers*in befristet beschäftigt werden. Siehe dazu auch die Verordnung.

¹⁰⁾ Von der*dem Arbeitgeber*in erhaltene Kostenersätze (ausgenommen Kostenersätze an Expatriates betreffend Reisekosten iSd § 26 Z 4 EStG 1988). Auch bei Vertretern*innen sind Kostenersätze hier anzugeben.



E 1-PDF-2023

E 1, Seite 6, Version vom 05.10.2023



19.1.4	Anrechenbare Immobilienwertsteuer , die auf Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen entfällt und vom Parteienvertreter abgeführt wurde ¹¹⁾	988	576
19.1.5	Entrichtete besondere Vorauszahlung , soweit sie auf Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen entfällt ¹²⁾	989	579
19.1.6	Auf Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen gemäß Punkt 19.1 anzurechnende ausländische Steuer	997	578
19.2 Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen, die dem Tarif unterliegen			
19.2.1	Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen gegen Rente („Alt- und Neuvermögen“; § 30a Abs. 4)	38	575
19.2.2	Auf Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen gemäß Punkt 19.2 entfallende anzurechnende ausländische Steuer		975

20. Sonstige Einkünfte			
20.1	Wiederkehrende Bezüge (§ 29 Z 1)	39	800
20.2	Einkünfte aus Spekulationsgeschäften (§ 31) und aus der Veräußerung von Beteiligungen (§ 31 EStG 1988 idF vor dem 1. StabG 2012)	40	801
20.3	Einkünfte aus der Veräußerung von Forderungswertpapieren und Derivaten, die zwischen 1.10.2011 und 31.3.2012 erworben wurden (§ 124b Z 184 zweiter Teilstich, 27,5%)	41	503
20.4	Nicht betriebliche Einkünfte aus Leistungen (§ 29 Z 3)	42	803
20.5	Funktionsgebühren (§ 29 Z 4)	43	804

21. Nachversteuerung			
Nachversteuerung ausländischer Verluste (§ 2 Abs. 8 Z 4)		44	792 +

22. Gesamtbetrag der Einkünfte			
Gesamtbetrag der Einkünfte (Muss nicht ausgefüllt werden)			

23. Tarifbegünstigungen, Sonderfälle			
23.1	Einkünfte, die nicht in Kennzahl 167 zu erfassen sind, und für die ich den Halftesteuersatz beanspruche	45	423
23.2	Einkünfte aus besonderen Waldnutzungen, für die ich den Halftesteuersatz beanspruche	46	167
23.3	Gewinne aus einem Schuldnachlass im Sinne des § 36 (Kennzahl 386)		
	Zu leistende Quote in Prozent	496	47 386
23.4	Einkünfte, die aus sonstigen Gründen besonders zu besteuern sind (Art):	48	
23.5	<input type="checkbox"/> Ich beantrage die gemäß § 6 Z 6 lit. a und b entstandene Steuerschuld für einen in den Einkünften enthaltenen Betrag in Raten zu entrichten.	49	978
Von diesem Betrag entfällt auf Wirtschaftsgüter des			
23.5.1	<input type="checkbox"/> Anlagevermögens (5 Raten) der Betrag von	49	235
23.5.2	<input type="checkbox"/> Umlaufvermögens (2 Raten) der Betrag von	49	991
23.6	<input type="checkbox"/> Ich beantrage auf Grund von Vorschriften des Umgründungssteuergesetzes , die Steuerschuld für einen in den Einkünften enthaltenen Betrag in Raten zu entrichten.	50	979
Von diesem Betrag entfällt auf Wirtschaftsgüter des			
23.6.1	<input type="checkbox"/> Anlagevermögens (5 Raten) der Betrag von	50	559
23.6.2	<input type="checkbox"/> Umlaufvermögens (2 Raten) der Betrag von	50	993
Die Steuerschuld ist			
<input type="checkbox"/> nach dem Tarif zu ermitteln			
<input type="checkbox"/> unter Anwendung eines Steuersatzes von 27,5% zu ermitteln (teilweise Einschränkung des Besteuerungsrechtes)			

Beachten Sie bitte:

- ¹¹⁾ Bei Ausübung der Veranlagungsoption darf hier bei Vorliegen mehrerer Veräußerungsgeschäfte nur die entrichtete Immobilienwertsteuer jener Veräußerungsgeschäfte eingetragen werden, die auf Grund der Option in die Veranlagung einbezogen werden.
- ¹²⁾ Tragen Sie hier bitte nur den Betrag ein, der an besonderer Vorauszahlung für private Grundstücksveräußerungen entrichtet worden ist. Eine abgeführte Immobilienwertsteuer ist nicht hier, sondern bei den Kennzahlen **988/576** einzutragen.



E 1-PDF-2023

E 1, Seite 7, Version vom 05.10.2023



23.7	Bei einem Anteilstausch im Zuge von Einbringungen, die nach dem 31.12.2019 beschlossen oder vertraglich unterfertigt wurden: <input type="checkbox"/> Ich beantrage gemäß § 17 Abs. 1a des Umgründungssteuergesetzes die Steuerschuld nicht festzusetzen für einen in den Einkünften enthaltenen Betrag von	153
23.8	<input type="checkbox"/> Ich beantrage gemäß § 27 Abs. 6 Z 1 lit. a, die Steuerschuld nicht festzusetzen für einen in den Einkünften enthaltenen Betrag von	51 806
23.9	<input type="checkbox"/> Ich beantrage gemäß § 27 Abs. 6 Z 1 lit. d iVm § 6 Z 6 lit c und d die Steuerschuld für einen in den Einkünften enthaltenen Betrag in 5 Raten zu entrichten.	52 980
23.10	Anzurechnende Abzugsteuer auf nicht betriebliche Einkünfte aus Leitungsrechten, die auf Grund der Ausübung der Regelbesteuerungsoption (§ 107 Abs. 11) nach dem Tarif besteuert werden	596
23.11	Anzurechnende Mindestkörperschaftsteuer nach Umwandlung (§ 9 Abs. 8 UmgrStG)	309
23.12	<input type="checkbox"/> Ich beanspruche für den Veranlagungszeitraum einen Zuzugsfreibetrag gemäß § 103 Abs. 1a in Höhe von	53 983
23.13	<input type="checkbox"/> Ich beanspruche für den Veranlagungszeitraum die Beseitigung der steuerlichen Mehrbelastungen aus einem Zuzug durch Anwendung eines pauschalen Durchschnittssteuersatzes (§ 103 Abs. 1 iVm mit der Zuzugsbegünstigungsverordnung 2016, BGBl II Nr. 261/2016). Der Betrag, um den sich die tarifmäßige Steuer in Anwendung des begünstigten Steuersatzes vermindert, ist in Kennzahl 375 einzutragen.	54
23.14	Abzugsposten (Zuzugsbegünstigung, anzurechnende Steuern)	55 375

24. Ausländische Einkünfte

24.1	Ich habe den Mittelpunkt meiner Lebensinteressen in dem angeführten Staat (Bitte den Ansässigkeitsstaat stets anführen) <input type="checkbox"/> Ich verfüge über eine Ansässigkeitsbescheinigung (nur erforderlich, wenn der Ansässigkeitsstaat nicht Österreich ist)	13)
24.2	In den Einkünften sind enthalten: Ausländische Einkünfte, für die Österreich das Besteuerungsrecht zusteht, ohne Einkünfte gemäß Punkt 10-12, Unterpunkte 7, 10 bis 13, ohne Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen gemäß Punkt 19, ohne Einkünfte aus Kapitalvermögen laut Beilage E 1kv und ohne Einkünfte gemäß Kennzahl 359 der Beilage L 1i	56 395
24.3	Auf Einkünfte gemäß Kennzahl 395 entfällt eine anrechenbare Steuer ohne anzurechnende Steuern gemäß Punkt 10-12 18, 19, 24, 25 ohne anzurechnende Steuern gemäß Punkt 18 und laut Beilage E 1kv und Beilage L 1i in Höhe von	56 396
24.4	In den Einkünften sind nicht enthalten: Unter Progressionsvorbehalt steuerbefreite positive Auslandseinkünfte, die nicht in Kennzahl 453 der Beilage L 1i enthalten sind.	57 440
24.5	Ausländische Verluste Bei Ermittlung der Einkünfte wurden nach österreichischem Steuerrecht ermittelte ausländische Verluste höchstens im Ausmaß des Verlustes nach ausländischem Steuerrecht berücksichtigt (Achtung: Die Kennzahl 746 und/oder 944 muss bei Berücksichtigung ausländischer Verluste jedenfalls ausgefüllt werden)	
24.5.1	Berücksichtigte Verluste aus Staaten, mit denen eine umfassende Amtshilfe besteht	58 746
24.5.2	Berücksichtigte Verluste aus Staaten, mit denen keine umfassende Amtshilfe besteht	58 944

25. Sonderausgaben 59

Verpflichtende Beiträge an gesetzlich anerkannte **Kirchen** oder Religionsgesellschaften, **Spenden** an begünstigte Empfänger sowie Beiträge für die **freiwillige Weiterversicherung** in der gesetzlichen Pensionsversicherung und für den **Nachkauf** von Versicherungszeiten werden aufgrund einer Datenübermittlung automatisch berücksichtigt und müssen nicht erklärt werden. Wenn bei diesen Daten etwas nicht richtig ist oder fehlt, müssen Sie sich zur Klärung direkt an die Zahlungsempfänger wenden. Nur diese können Daten richtigstellen oder Fehlendes nachsenden. Für eine von der Datenübermittlung abweichende Berücksichtigung von Kirchen- oder Versicherungsbeiträgen oder für gezahlte Sonderausgaben an ausländische Organisationen verwenden Sie die Beilage L 1d.

Ausgaben für eine **thermisch-energetische Gebäudesanierung** und für einen „**Heizkesseltausch**“ können im Rahmen eines Pauschalbetrages („**Öko-Sonderausgabenpauschale**“) berücksichtigt werden. Dazu ist eine Datenübermittlung von der fördergewährenden Stelle erforderlich, die Sie im Rahmen der Fördergewährung verlangen können. In diesem Fall erfolgt die Berücksichtigung des Pauschales für dieses Jahr und die Folgejahre **automatisch**. Das Pauschale kann nur **auf Grund der Datenübermittlung** berücksichtigt werden, eine Antragstellung in diesem Formular ist **nicht** möglich.

25.1	Renten oder dauernde Lasten	280
25.2	Steuerberatungskosten	460
25.3	Verlustabzug Of ene Verlustabzüge aus den Vorjahren (Gesamtbestand aller abzugsfähigen Verluste)	60 462

26. Außergewöhnliche Belastungen

Für die Geltendmachung von außergewöhnlichen Belastungen verwenden Sie bitte die Beilage L 1ab, zur Geltendmachung von außergewöhnlichen Belastungen für Kinder verwenden Sie bitte die **Beilage(n) L 1k**.



13) Geben Sie das Kfz-Nationalitätszeichen an - z.B. A für Österreich, D für Deutschland, H für Ungarn

E 1-PDF-2023

E 1, Seite 8, Version vom 05.10.2023

27. ☐ Ich besitze auf Grund meiner politischen Verfolgung in der Zeit von 1938 bis 1945 einen Opferausweis und/oder eine Amtsbescheinigung.



28. Freibetragsbescheid 61

28.1 ☐ Ich wünsche keinen Freibetragsbescheid.

28.2 ☐ Ich wünsche einen niedrigeren Freibetragsbescheid in Höhe von jährlich

449

Bitte schließen Sie dieser Erklärung auch die in Ihrem Fall erforderlichen Erklärungsbeilagen an:
E 1a/E 1a-K, E 1b, E 1c, E 1kv, E 11, L 1ab, L 1d, L 1k, L 1k-bF, L 1i

Hinweise

Familienbonus Plus und Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag

Wenn der Familienbonus Plus oder der Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag bereits bei der*dem Arbeitgeber*in berücksichtigt worden ist, ist dieser bei der Arbeitnehmerveranlagung jedenfalls zu beantragen, sonst kann es zu einer ungewollten Nachzahlung kommen. Für die Berücksichtigung des Familienbonus Plus verwenden Sie die Beilage L 1k oder – in besonderen Fällen – die Beilage L 1k-bF.

Zwischenstaatlicher Informationsaustausch

Internationale Vereinbarungen sehen einen wechselseitigen Informationsaustausch zwischen den Finanzverwaltungen einzelner Staaten vor. So erhalten wir zu den in Österreich lebenden Personen Informationen über deren Einkünfte und Vermögen im Ausland. Ebenso geben wir Informationen über in Österreich bezogene Einkünfte oder hier vorhandenes Vermögen weiter, wenn die jeweiligen Personen im Ausland leben.

Originaldokumente und Belege

Übermitteln Sie keine Originaldokumente/Belege, da diese nach elektronischer Erfassung datenschutzkonform vernichtet werden! Bewahren Sie die Unterlagen aber mindestens 7 Jahre für eine etwaige Überprüfung auf.

Richtigkeits- und Vollständigkeitserklärung

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass alle Angaben der Wahrheit entsprechen. Ich nehme zur Kenntnis, dass unrichtige oder unvollständige Angaben strafbar sind.

Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefonnummer)

Datum, Unterschrift



E 1-PDF-2023

E 1, Seite 9, Version vom 05.10.2023

An das

- ☐ Finanzamt Österreich, Postfach 260, 1000 Wien
☐ Finanzamt für Großbetriebe, Postfach 251, 1000 Wien

Eingangsvermerk

2023

Dieses Formular wird maschinell gelesen, füllen Sie es daher nur mittels Tastatur und Bildschirm aus. **Eine handschriftliche Befüllung ist unbedingt zu vermeiden.** Betragsangaben in EURO und Cent (rechtsbündig). Eintragungen **außerhalb der Eingabefelder** können maschinell nicht gelesen werden. **Die stark hervorgehobenen Felder sind jedenfalls auszufüllen.** In dieser Erklärung ist auch die Verwendung einer anerkannten Volksgruppensprache zulässig.

Datenschutzklärung auf bmf.gv.at/datenschutz
oder auf Papier in allen Finanz- und Zolldienststellen

Steuernummer	10-stellige Sozialversicherungsnummer laut e-card ¹⁾	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) (Wenn keine SV-Nummer vorhanden, jedenfalls auszufüllen)
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
FAMILIEN- ODER NACHNAME		
<input type="text"/>		
VORNAME	TITEL	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Beilage zur Einkommensteuererklärung E 1 für Einzelunternehmer*innen (betriebliche Einkünfte) für 2023

Wird ohne nähere Bezeichnung auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, ist darunter das Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988) zu verstehen.

Beachten Sie bitte die Ausfüllhilfe zu dieser Beilage (E 2). Pro Betrieb und Wirtschaftsjahr eine Beilage ausfüllen! ¹⁾

- ☐ Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, ☐ Einkünfte aus selbständiger Arbeit
falls keine Pauschalierung in Anspruch genommen wird

- ☐ Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Beachten Sie bitte: Bei Vollpauschalierung für **Lebensmitteleinzel- oder Gemischtwarenhändlerinnen/-händler** müssen Sie außer den Angaben zur Person **nur den Punkt 6** ausfüllen.

Wird der Gewinn **ausschließlich** durch **Kleinunternehmerpauschalierung** ermittelt, verwenden Sie bitte das Formular E 1a-K.

Zutreffendes bitte ankreuzen!

1. Derzeitige Anschrift			
Postleitzahl	Betriebsanschrift (Ort, Straße, Platz, Haus-Nr., Stiege, Tür-Nr.)		
Staat (nur ausfüllen, wenn nicht in Österreich)			
2. Angaben zum Betrieb			
Bilanzierung gemäß	<input type="checkbox"/> § 4 Abs. 1	<input type="checkbox"/> § 5	<input type="checkbox"/> Vollständige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung gemäß § 4 Abs. 3
<input type="checkbox"/> USt-Bruttosystem	<input type="checkbox"/> USt-Nettosystem	<input type="checkbox"/> Basispauschalierung gemäß § 17 Abs. 1	<input type="checkbox"/> Drogenpauschalierung
<input type="checkbox"/> Gastgewerbepauschalierung	<input type="checkbox"/> Künstler*innen-, Schriftsteller*innen-Pauschalierung	<input type="checkbox"/> Handelsvertreter*innen-Pauschalierung	<input type="checkbox"/> Pauschalierung für nichtbuchführende Gewerbetreibende
<input type="checkbox"/> Sportler*innen-Pauschalierung	<input type="checkbox"/> Kleinunternehmerpauschalierung (nur bei Betriebsveräußerung/-aufgabe und/oder Übergangsgewinn/-verlust	<input type="checkbox"/> Mischbetrieb	<input type="checkbox"/> Der Antrag gemäß § 5 Abs. 2 („Fortführungsoption“) wird widerrufen
Branchenkennzahl (ÖNACE 2008) lt. E 2 Bitte unbedingt ausfüllen!		Beginn des Wirtschaftsjahres (TT.MM.JJJJ) ¹⁵	
<input type="text"/>		Ende des Wirtschaftsjahres (TT.MM.JJJJ) ¹⁵	

¹⁾ Geben Sie hier die vom österreichischen Sozialversicherungsträger vergebene 10-stellige Versicherungsnummer vollständig an.



☐ Ich beanspruche eine Entlastung von der Doppelbesteuerung auf Grund der Verordnung BGBl. II Nr. 474/2002. 16

☐ Im Veranlagungszeitraum erfolgte eine Umgründung

3. Gewinnermittlung 17

Grundsätzlich sind Erträge/Betriebseinnahmen und Aufwendungen/Betriebsausgaben **ohne Vorzeichen** anzugeben. Nur wenn sich bei einer Kennzahl ein negativer Wert ergibt, ist ein negatives Vorzeichen („-“) anzugeben.

Erträge/Betriebseinnahmen	Beträge in Euro und Cent
Erträge/Betriebseinnahmen (Waren-/Leistungserlöse) ohne solche, die in einer Mitteilung gemäß §109a erfasst sind - EKR 40-44 - einschließlich Eigenverbrauch (Entnahmewerte von Umlaufvermögen) Achtung: Diese Kennzahl muss jedenfalls ausgefüllt werden (§ 61 Abs. 5 BAO). Gegebenenfalls ist der Wert „0“ einzutragen. 18	9040
Erträge/Betriebseinnahmen, die in einer Mitteilung gemäß § 109a erfasst sind EKR 40-44 Achtung: Diese Kennzahl muss jedenfalls ausgefüllt werden (§ 61 Abs. 5 BAO). Gegebenenfalls ist der Wert „0“ einzutragen. 19	9050
Anlagenenerträge/Entnahmewerte von Anlagevermögen EKR 460-462 vor allfälliger Auflösung auf 463-465 bzw. 783 20	9060
Nur für Bilanzierer: Aktivierte Eigenleistungen EKR 458-459 21	9070
Nur für Bilanzierer: Bestandsveränderungen EKR 450-457 22	9080
Übrige Erträge/Betriebseinnahmen (z.B. Finanzerträge, Gewinnanteile aus einer stillen Beteiligung) – Saldo (Bei USt-Bruttosystem: inkl. USt-Gutschrift, jedoch ohne Kennzahl 9093) 23	9090
Nur bei USt-Bruttosystem: vereinnahmte USt für Lieferungen und sonstige Leistungen (Achtung: Nur ausfüllen, wenn die Betriebseinnahmen ohne USt angeführt werden) 24	9093
Summe der Erträge/Betriebseinnahmen (muss nicht ausgefüllt werden)	
Aufwendungen/Betriebsausgaben	
Waren, Rohstoffe, Hilfsstoffe EKR 500-539, 580 25	9100
Beigestelltes Personal (Fremdpersonal) und Fremdleistungen EKR 570-579, 581, 750-753 26	9110
Personalaufwand („eigenes Personal“) EKR 60-68 27	9120
Abschreibungen auf das Anlagevermögen (z.B. AfA, geringwertige Wirtschaftsgüter, EKR 700 - 708), soweit sie nicht in Kennzahl 9134 und/oder 9135 zu erfassen sind. 28	9130
Degressive Absetzung für Abnutzung (§ 7 Abs. 1a) 29	9134
Beschleunigte Gebäudeabschreibung (§ 8 Abs. 1a) 30	9135
Nur für Bilanzierer: Abschreibungen vom Umlaufvermögen, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen übersteigen – EKR 707 – und Wertberichtigungen zu Forderungen, soweit sie nicht in Kennzahl 9142 zu erfassen sind 31	9140
Dotierung/Auflösung von pauschalen Wertberichtigungen zu Forderungen Achtung: Im Falle von Auflösungen ist der Betrag mit negativem Vorzeichen zu erfassen. 32	9142
Instandhaltungen (Erhaltungsaufwand) für Gebäude EKR 72 33	9150
Reise- und Fahrtspesen inkl. Kilometergeld und Diäten (ohne tatsächliche Kfz-Kosten) EKR 734-737 34	9160
Pauschale von 50% der Kosten einer Wochen-, Monats- oder Jahreskarte für Massentransportmittel 35	9165
Tatsächliche Kfz-Kosten (ohne AfA, Leasing und Kilometergeld) EKR 732-733 36	9170
Miet- und Pachtanlauf, Leasing EKR 740-743, 744-747 37	9180
Provisionen an Dritte, Lizenzgebühren EKR 754-757, 748-749 38	9190
Werbe- und Repräsentationsaufwendungen, nicht in den Kennzahlen 9243 bis 9246 zu erfassenden Spenden, Trinkgelder EKR 765-769 39	9200
Buchwert abgegangener Anlagen EKR 782 40	9210
Arbeitszimmer Es darf keine Eintragung in Kennzahl 9215 , 9216 oder 9217 erfolgen. Nur abzugsfähig, wenn das Arbeitszimmer Mittelpunkt der gesamten betrieblichen Tätigkeit ist. 41	9275

²⁾ Bei einem die Veranlagung 2023 betrefenden Verlustersatz ist das Abzugsverbot gemäß § 20 Abs. 2 zu berücksichtigen. Zur Aufwandskürzung siehe insbesondere Rz 313b EStR 2000.

³⁾ Dazu zählt der Ausfallsbonus, soweit er Monate des Jahres 2023 betrift.



E 1a-PDF-2023

E 1a, Seite 2, Version vom 08.11.2023



Kleines Arbeitsplatzpauschale (300 Euro für ein volles Wirtschaftsjahr) <i>Es darf keine Eintragung in Kennzahl 9275 oder 9217 erfolgen.</i>	42	9215
Ausgaben/Aufwendungen für ergonomisch geeignetes Mobiliar (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Schreibtischlampe) bis höchstens 300 Euro . <i>Es darf keine Eintragung in Kennzahl 9275, 9217 oder 159 (Formular E 1) erfolgen. Hier sind nur Ausgaben/Aufwendungen der Veranlagung 2023 und ein allfälliger Überhang aus der Veranlagung 2022 anzugeben.</i>	43	9216
Großes Arbeitsplatzpauschale (1.200 Euro für ein volles Wirtschaftsjahr)	44	9217
Zinsen und ähnliche Aufwendungen EKR 828-834	45	9220
Gewinnanteile echter stiller Gesellschafter iSd § 27 Abs. 2 Z 4	46	9258
Eigene Pflichtversicherungsbeiträge, Beiträge zu Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen und Beiträge zur Selbständigenvorsorge	47	9225
Betriebliche Spenden an begünstigte Forschungs- und Lehrinrichtungen, Museen, Kulturinstitutionen, das Bundesdenkmalamt, Behindertensport-Dachverbände, die Internationale Anti-Korruptions-Akademie u.a. ⁴⁾	48	9243
Betriebliche Spenden an mildtätige Organisationen, begünstigte Spendensammelvereine u.a. ^{4) 5)}	48	9244
Betriebliche Spenden an Umweltschutzorganisationen und Tierheime ^{4) 5)}	48	9245
Betriebliche Spenden an freiwillige Feuerwehren und Landesfeuerwehrverbände ^{4) 5)}	48	9246
Zuwendungen zur Vermögensausstattung einer gemeinnützigen Stiftung ^{4) 5)}	49	9261
Zuwendungen an die Innovationsstiftung für Bildung und an deren Substiftungen ^{4) 5)}	50	9262
In den obigen Kennzahlen nicht erfasste übrige Aufwendungen/Betriebsausgaben (ohne pauschalierte Betriebsausgaben), Kapitalveränderungen - Saldo (Bei USt-Bruttosystem: inkl. USt-Zahllast, jedoch ohne Kennzahl 9233)	51	9230
Nur bei USt-Bruttosystem: bezahlte USt für Lieferungen und sonstige Leistungen (Achtung: darf nur ausgefüllt werden, wenn die Betriebsausgaben ohne USt angeführt werden)	24	9233
Pauschalierte Betriebsausgaben	52	9259
Summe der Aufwendungen/Betriebsausgaben (muss nicht ausgefüllt werden)		
Einkünfte aus betrieblich gehaltenen Beteiligungen an Mitunternehmensschaften – Ergebnis aus der Beilage E 11		9237
Bei Ermittlung der positiven Einkünfte gemäß Kennzahl 9237 berücksichtigte Spenden aus dem Betriebsvermögen	9249	
Gewinn/Verlust [Sofern keine Korrekturen und Ergänzungen gemäß Punkt 4. erfolgen, bitte diesen Betrag im Formular E 1 in die Punkte 10), 11) oder 12) übernehmen.]	53	
4. Korrekturen und Ergänzungen zur Gewinnermittlung laut Punkt 3 (Steuerliche Mehr-/Weniger-Rechnung) 54		
Gewinnerhöhende Korrekturen/Ergänzungen sind ohne Vorzeichen, gewinnmindernde Korrekturen/Ergänzungen sind mit negativem Vorzeichen („-“) anzugeben.		
Investitionsfreibetrag		
Investitionsfreibetrag (10%) Achtung: Steht bei einer Pauschalierung auf Grundlage von § 17 nicht zu	55	9276
Öko-Investitionsfreibetrag (15%) Achtung: Steht bei einer Pauschalierung auf Grundlage von § 17 nicht zu	56	9277
Korrekturen		
Korrekturen zu Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß Kennzahl 9130, soweit sie nicht in Kennzahl 9269 zu erfassen sind	57	9240
Korrekturen zu Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß Kennzahl 9135, soweit die beschleunigte Gebäudeabschreibung (§ 8 Abs. 1a) betroffen ist		9269
Korrekturen gemäß § 7 Abs. 1a zu degressiven Abschreibungen gemäß Kennzahl 9134		9268
Bei der Veranlagung 2023 zu erfassende Wertberichtigungsfünftelbetrag gemäß § 124b Z 372 lit. a iVm lit. c („Forderungsalbestand“)	58	9273
Bei der Veranlagung 2023 zu erfassende Rückstellungsfünftelbetrag gemäß § 124b Z 372 lit. b iVm lit. c („Altbeträge“)	59	9274

⁴⁾ Beachten Sie: Die hier einzutragenden Beträge dürfen nicht in einer elektronischen Sonderausgaben-Datenübermittlung an das Finanzamt enthalten sein. Sollte dies dennoch der Fall sein, müssen Sie eine Korrektur der Sonderausgaben-Datenübermittlung veranlassen. Verwenden Sie dazu das Formular L 1d.

⁵⁾ Nur absetzbar, wenn die jeweilige Einrichtung in der Liste der begünstigten Spendeneinrichtungen des Bundesministeriums für Finanzen enthalten ist.





Korrekturen zu Kfz-Kosten	60	9260	
Korrekturen zu Miet- und Pachtaufwand, Leasing (EKR 740-743, 744-747) Kennzahl 9180	61	9270	
Korrekturen zu Werbe- und Repräsentationsaufwendungen, Spenden, Trinkgelder (EKR 765-769) - Kennzahl 9200	62	9280	
Korrekturen betreff end Spenden der Kennzahlen 9243, 9244, 9245, 9246	48	9317	
Korrektur betreff end Zuwendungen zur Vermögensausstattung einer gemeinnützigen Stiftung - Kennzahl 9261	49	9322	
Korrekturen betreff end Zuwendungen an die Innovationsstiftung für Bildung und an deren Substiftungen - Kennzahl 9262	50	9325	
Korrekturen betreff end Entgelte für Arbeits- und Werkleistungen (§ 20 Abs. 1 Z 7 und 8)	63	9257	
Einkünfte aus betrieblichen Finanzanlagen, die nicht tarifsteuerpflichtig sind			
a) Abzug von endbesteuerten bzw. dem besonderen Steuersatz unterliegenden Einkünfte der Überlassung von Kapital (Kapitalerträge) sowie laufende Einkünfte aus Kryptowährungen	64	9283	–
b) Berücksichtigung von dem besonderen Steuersatz unterliegenden Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen, Derivaten und realisierte Wertsteigerungen aus Kryptowährungen (Substanzgewinne bzw. -verluste)	65		
Korrekturen zu Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen, Derivaten und realisierte Wert- steigerungen aus Kryptowährungen (Substanzgewinne bzw. -verluste)	66	9305	
<i>Hinweis zur Eintragung in Kennzahl 9289: Bei einem positiven Saldo ist dieser mit Minus, bei einem negativen Saldo sind 45% dieses Saldos mit Plus einzutragen.</i>			
Substanzgewinne			
Substanzverluste			
Saldo		positiver/ negativer Saldo	67 9289
Einkünfte aus der Veräußerung, Entnahme oder Zu- oder Abschreibung von Betriebsgrundstücken, die nicht tarifsteuerpflichtig sind 68			
Korrekturen zu Einkünften aus der Veräußerung, Entnahme oder Zu- oder Abschreibung von Betriebsgrundstücken, die nicht tarifsteuerpflichtig sind	69	9285	
<i>Hinweis zur Eintragung in Kennzahl 9316: Bei einem positiven Saldo ist dieser mit Minus, bei einem negativen Saldo sind 40% dieses Saldos mit Plus einzutragen.</i>			
Substanzgewinn(e) gemäß § 30			
Substanzverlust(e)			
Saldo		positiver/ negativer Saldo	70 9316
Unter Punkt 3 nicht erfasste Einkünfte aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten (§ 107), die			
<input type="checkbox"/> im Umfang von 33 % des Auszahlungsbetrages (ohne USt)			
<input type="checkbox"/> in der durch ein Gutachten nachgewiesenen Höhe			
zu besteuern sind (Ausübung der Regelbesteuerungsoption gem § 107 Abs. 11).	71	9326	
<input type="checkbox"/> Wechsel der Gewinnermittlungsart (§ 4 Abs. 10) wurde vorgenommen.			
Höhe des Übergangsgewinnes/Übergangsverlustes (Verluste in voller Höhe, wenn keine Eintragung in Kennzahl 9242 zu erfolgen hat)	72	9010	
Siebelbeträge aus einem Übergangsverlust des laufenden Jahres und/oder eines Vorjahres	73	9242	
Zu-/Abschlag gemäß § 4 Abs. 2	74	9247	
Sonstige Änderungen – Saldo	75	9290	
Gewinn/Verlust nach Vornahme der obigen Korrekturen und Ergänzungen (muss nicht ausgefüllt werden)			
Gewinnfreibetrag 76			
Grundfreibetrag (wenn keine Vollpauschalierung für Lebensmitteleinzel- oder Gemischtwaren- händlerinnen/-händler gemäß Punkt 6 in Anspruch genommen wird)	77	9221	–
<input type="checkbox"/> Auf den Grundfreibetrag wird verzichtet	78		
Investitionsbedingter Gewinnfreibetrag für körperliche Wirtschaftsgüter	79	9227	–
Investitionsbedingter Gewinnfreibetrag für Wertpapiere	80	9229	–
Nachzuversteuernder Gewinnfreibetrag	81	9234	





Betriebsveräußerung/-aufgabe, auszuweisende Einkünfte		
(Teil-)Betrieb wurde veräußert oder aufgegeben		
<input type="checkbox"/> Ein Antrag gemäß § 24 Abs. 6 wird gestellt		
Höhe des Veräußerungsgewinnes (vor Freibetrag)/Veräußerungsverlustes (§ 24)	82	9020
Freibetrag für Veräußerungsgewinn gemäß § 24 Abs. 4	83	9021 –
Höhe eines auszuweisenden Gewinnes oder Verlustes	84	9030
Steuerlicher Gewinn/Verlust		
[Bitte diesen Betrag im Formular E 1 in die Punkte 10), 11) oder 12) übernehmen.]	85	
5. Bilanzposten (NUR für Bilanzierer gemäß §§ 4 Abs. 1 oder 5)		
Privatentnahmen (abzüglich Privateinlagen) EKR 96 (Bei negativen Beträgen unbedingt das Vorzeichen angeben!)	86	9300
Grund und Boden EKR 020-022	87	9310
Gebäude auf eigenem Grund EKR 030, 031	88	9320
Finanzanlagen EKR 08-09	89	9330
Vorräte EKR 100-199	90	9340
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen EKR 20-21	91	9350
Sonstige Rückstellungen (ohne Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Steuern), soweit sie nicht in Kennzahl 9363 zu erfassen sind - EKR 304 – 309	92	9360
Pauschalrückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	93	9363
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Finanzinstituten EKR 311-319	94	9370
6. Einkünfte aus gewerblicher Vollpauschalierung für Lebensmitteleinzel- oder Gemischtwarenhändlerinnen/-händler 95		
Pauschal ermittelte Einkünfte		9006
In Kennzahl 9006 ist ein Grundfreibetrag enthalten in Höhe von		9007
<input type="checkbox"/> Wechsel der Gewinnermittlungsart (§ 4 Abs. 10) wurde vorgenommen.		
Höhe des Übergangsgewinnes/Übergangsverlustes (Verluste in voller Höhe, wenn keine Ertragsung in Kennzahl 9242 zu erfolgen hat)	72	9010
Siebelbeträge aus einem Übergangsverlust des laufenden Jahres und/oder eines Vorjahres	73	9242
(Teil-)Betrieb wurde veräußert oder aufgegeben		
<input type="checkbox"/> Ein Antrag gemäß § 24 Abs. 6 wird gestellt		
Höhe des Veräußerungsgewinnes (vor Freibetrag)/Veräußerungsverlustes (§ 24)	82	9020
Freibetrag für Veräußerungsgewinn gemäß § 24 Abs. 4	83	9021 –
<input type="checkbox"/> Im Veranlagungszeitraum erfolgte eine Umgründung		

WICHTIGER HINWEIS: Bitte übermitteln Sie **keine Originaldokumente/Belege**, da alle im Finanzamt einlangenden Schriftstücke nach elektr. Erfassung datenschutzkonform vernichtet werden! Bewahren Sie diese aber mindestens **7 Jahre** für eine etwaige Überprüfung auf.

Noch einfacher können Sie diese Erklärung papierlos über bmf.gv.at (FinanzOnline) einbringen.
FinanzOnline steht Ihnen kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung und bedarf keiner speziellen Software.

Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefonnummer)

Datum, Unterschrift



E 1a-PDF-2023

E 1a, Seite 5, Version vom 08.11.2023

4 RECHNUNG UND UMSATZSTEUER

4.1 Allgemeines

Der Unternehmer hat grundsätzlich Umsatzsteuer zusätzlich zu seinen „Netto“-Preisen an Kunden zu verrechnen, einzuheben und monatlich (quartalsweise) bis zum 15. des zweitfolgenden Monats ans Finanzamt abzuführen. Gleichzeitig bekommt er die bezahlten „Vorsteuern“ laut ordnungsgemäßen Rechnungsbelegen vom Finanzamt zurück (ausgenommen PKW).

Die Umsatzsteuer beträgt im Normalfall 20% und nur für ganz bestimmte Lieferungen und Leistungen gelten 13%, 10% oder 0% Umsatzsteuer². Formale Rechnungsmerkmale sind zu beachten, die Finanz prüft streng.

Ausnahmen von der USt gibt es für sogenannte „Kleinunternehmer“ mit Einnahmen von maximal € 35.000 pro Jahr ohne Umsatzsteuer. Diese sind von einer Umsatzsteuerpflicht befreit, können sich aber auch keine Vorsteuern abziehen. Der Hinweis „**ohne MWSt gem. §6(1) 27 UStG**“ auf der Rechnung schafft Klarheit.



Auch Kleinunternehmer dürfen auf Antrag Umsatzsteuer verrechnen und können sich dafür die Vorsteuer von Investitionen vom Finanzamt zurückholen, sind dann aber für 5 Jahre umsatzsteuerpflichtig.

Lieferungen und Leistungen bzw. Einfuhren aus der Europäischen Union fallen unter die Binnenmarktregelungen (Erwerbsbesteuerung). Für diese Zwecke ist eine UID-Nummer (z.B. ATU12345678) zu beantragen. Mit 1.1.2010 wurden die diesbezüglichen Aufzeichnungs- und Meldefristen geändert. Seither müssen auch 0% steuerfreie, sonstige Leistungen in innergemeinschaftliche EU-Nachbarländer monatlich bzw. quartalsweise gemeldet werden – allerdings nach Leistungszeitraum (nicht Rechnungsdatum) und schon bis zum 30. des Folgemonats (!). Bitte holen Sie sich von ihrem Steuerberater die aktuellen Informationen.



Für Kunden, die nicht Unternehmer sind, zählt der Preis inklusive 20% Umsatzsteuer bei der Auswahl des Lieferanten.

Exemplarische Vorlagen (Stand: 2018/19) für die monatlichen bzw. quartalsweisen Umsatzsteuervoranmeldungen (U30) und die Jahres-Umsatzsteuererklärungen (U1) liegen zur besseren Veranschaulichung und Vorbereitung bei (siehe Punkt 4.4). Grundsätzlich erwartet sich die (Finanz-)Verwaltung aber seit dem „e-Zustellgesetz“ (vgl. Beilage/Infoblatt) ab 2020 von allen Unternehmen nur mehr elektronische Übermittlungen bzw. Geltendmachung und stellt ihrerseits Bescheide nur mehr elektronisch ins digitale Postfach zu.

² In den Tiroler Exklaven Jungholz und Mittelberg ermäßigt sich der Normalsteuersatz auf 19%



Bitte schauen Sie daher regelmäßig in Ihr digitales Postfach, hinterlegen Sie eine gültige Email-Adresse und beachten Sie, dass bei elektronischer Zustellung von Bescheiden die Frist zur Korrekturmöglichkeit bzw. allfälligen Ergänzung (in der Regel 1 Monat) **sofort (!)** ohne Postweg zu laufen beginnt.

Elektronische Zustellung (eZustellung)

Aktuelle Informationen über die Registrierung zur elektronischen Zustellung, das elektronische Postfach "MeinPostkorb" im USP, automatische Abholung von Nachrichten etc.

Information für Einsteiger

Ab 1. Jänner 2020 tritt das Recht auf elektronischen Verkehr mit Behörden (§ 1a E-Government-Gesetz) in Kraft. Alle Bundesbehörden und Behörden, die Bundesgesetze umsetzen (z.B. im Rahmen des Meldewesens), müssen ab diesem Zeitpunkt elektronische Zustellungen von bundesbehördlichen Dokumenten an Bürgerinnen/Bürger und Unternehmen ermöglichen.

Eine zentrale Rolle hat dabei die elektronische Zustellung, bei der behördliche Nachrichten sicher über das elektronische Postfach "MeinPostkorb" zugestellt und abgeholt werden können. "Gelbe Zettel" und der Weg zur Post gehören somit der Vergangenheit an. Zustellungen können weltweit rund um die Uhr eingesehen werden. Die elektronische Zustellung ermöglicht zudem kürzere Verfahrenszeiten. Für Teilnehmerinnen/Teilnehmer des Elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) ist eine Weiterleitung in den ERV und somit in die Branchensoftware konfigurierbar.

Außerdem besteht für Unternehmen die Möglichkeit zur Nutzung einer Schnittstelle zur automatischen Abholung von behördlichen Nachrichten, z.B. in die eigene Unternehmens-/Verfahrens-Software-Lösung.

Das Service "MeinPostkorb" kann direkt aus dem angemeldeten Bereich des Unternehmensserviceportals aufgerufen werden. In "MeinPostkorb" werden alle elektronischen Zustellungen von Behörden an einer Stelle gesammelt angezeigt. Die Nutzung dieses Service ist für Unternehmen kostenlos.

HINWEIS

Alle Unternehmen sind spätestens ab 1. Jänner 2020 zur Teilnahme an der elektronischen Zustellung verpflichtet. Ausgenommen sind nur jene Unternehmen, die wegen Unterschreitens der Umsatzgrenze nicht zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen verpflichtet sind. Weiters sind Unternehmen ausgenommen, die über keinen Internetanschluss bzw. notwendige technische Voraussetzungen verfügen.

Quelle: *Unternehmensserviceportal*

https://www.usp.gv.at/Portal.Node/usp/public/content/laufender_betrieb/274695.html

4.2 Gesetzliche Bestandteile der Rechnung

Rechnungen müssen gewisse gesetzliche Bestandteile beinhalten, damit diese beispielsweise beim Vorsteuerabzug geltend gemacht werden können.



Überprüfen Sie daher auch Ihre Eingangsrechnungen, ob sie dem UStG entsprechen.

Gesetzliche Bestandteile der Rechnung laut UStG		
	Rechnungen über Euro 400,–	Rechnungen bis Euro 400,–
Angaben schon bisher	1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers 2. Name und Anschrift des Leistungsempfängers 3. Menge und handelsübliche Bezeichnung der Ware oder Dienstleistung 4. Tag/Zeitraum der Lieferung oder Leistung 5. Nettoentgelt 6. Steuerbetrag	Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers Menge und handelsübliche Bezeichnung der Ware oder Dienstleistung Tag/Zeitraum der Lieferung oder Leistung Entgelt und Steuerbetrag in einer Summe Steuerprozentsatz
zusätzliche Angaben ab 2003	7. Steuersatz oder Zusatz auf Steuerbefreiung 8. Ausstellungsdatum 9. Fortlaufende Nummer 10. UID-Nummer des die Rechnung ausstellenden Unternehmers	keine zusätzlichen Angaben; bei der Kleinbetragsrechnung z.B. bei einer Taxirechnung bleibt alles wie es war
Seit 1. Juli 2006	11. Bei Rechnungen über 10.000 € brutto inkl. USt ist die UID des Leistungsempfängers anzugeben	

Weitere Bestandteile der Rechnung

Neben den gesetzlichen Bestimmungen ist es aus kaufmännischer Sicht auch sinnvoll, weitere Bestandteile in der Rechnung anzuführen. Dies können beispielsweise sein:

- Bestellnummer, Vertreternummer
- Artikelnummer
- Reklamationsfrist
- Zahlungsbedingungen
- Verzugszinsen
- Faktorengerichtsstand
- Rabatt
- Versandkosten
- Bankverbindung, Firmenbuchnummer
- Eigentumsvorbehalt
- ev. werbewirksame Hinweise

Weitere Praxis Tipps:

- Jeder Rechnung sollte ein Zahlschein beigelegt werden.
- Rechnungen sollten möglichst gleichzeitig mit der Ware beim Käufer eintreffen.
- Der Faktorengerichtsstand (Erfüllungsort der Zahlung) gilt nicht bei Geschäften, die dem Konsumentenschutzgesetz KSchG unterliegen, also Geschäfte zwischen einem Unternehmen und Privatpersonen.
- Prüfen Sie Rechnungen bei Erhalt auf materielle und formelle Fehler.

4.3 Vorsteuerabzug für Firmenfahrzeuge

Bei Ankauf eines Firmenfahrzeugs sollten Sie beachten, dass der Vorsteuerabzug nur bei ganz bestimmten Fahrzeugtypen, so genannten „**Fiskal-LKW**“ gestattet ist.

Der Vorsteuerabzug bei Fiskal-LKW betrifft nicht nur die Anschaffung, sondern auch die laufenden Ausgaben.

Ein exemplarischer Ausdruck der Liste (Stand 10.3.2022) der Vorsteuer-abzugsberechtigten Kleinbusse liegt bei. Die jeweils aktuellen Listen sämtlicher Vorsteuer-abzugsberechtigten Fahrzeugtypen und -modelle finden Sie auf der Website des Finanzministeriums unter

<https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/kraftfahrzeuge/vorsteuerabzugsberechtigte-fahrzeuge.html>

Ab 01.01.2016 dürfen Unternehmer, die zum vollen Vorsteuerabzug berechtigt sind (d.h. nicht z.B. Ärzte, Versicherer, Kleinunternehmer) für die Anschaffung, Miete und Betrieb (laufende Kosten) von nicht in der Liste angeführten PKW/Kombi mit **reinem 100%igen Elektromotor** einen **Vorsteuerabzug** lt. ordnungsgemäßer Rechnung vornehmen, abzüglich natürlich wie bisher anteiliger umsatzsteuerpflichtiger Privatnutzung. Der unbeschränkte Vorsteuerabzug gilt für PKW/Kombi mit Anschaffungskosten bis zu € 40.000 (brutto inkl. USt, vgl. „Luxustangente“). Bei PKW/Kombi mit Anschaffungskosten über € 80.000 ist der Vorsteuerabzug weiterhin zur Gänze ausgeschlossen.

Bundesministerium
Finanzen

Services Themen Ministerium Presse Rechtsnews

Themen > Steuern > Kraftfahrzeuge > Liste der vorsteuerabzugsberechtigten Kleinlastkraftwagen, Kastenwagen, Pritschenwagen und Kleinbusse (Klein-Autobusse)

Betrugsbekämpfung

Budget

Finanzmarkt

Glücksspiel & Spielerschutz

Steuern

Fristen & Verfahren

Arbeitnehmerveranlagung

Berechnungsprogramme & Tools

Für Unternehmen

Immobilien & Grundstücke

Liste der vorsteuerabzugsberechtigten Kleinlastkraftwagen, Kastenwagen, Pritschenwagen und Kleinbusse (Klein-Autobusse)

Bei Personen- und Kombinationskraftwagen kann grundsätzlich (mit Ausnahmen) keine Vorsteuer geltend gemacht werden. Für bestimmte Kraftfahrzeuge (Fiskal-Lkw) besteht die Möglichkeit Vorsteuer geltend zu machen, wenn sie entsprechend einer dazu ergangenen Verordnung als Kleinlastkraft-, Kasten- und Pritschenwagen oder Klein-Autobus eingestuft sind.

Eine aktuelle Information der Steuersektion - Die Listen werden laufend aktualisiert

Im Folgenden werden die Fahrzeugtypen angeführt, die vom Bundesministerium für Finanzen als vorsteuerabzugsberechtigte Kleinlastkraftwagen, Kastenwagen, Pritschenwagen und Kleinbusse bzw. Klein-Autobusse gemäß der Verordnung BGBI. Nr. 273/1996 und der Verordnung BGBI. II Nr. 193/2002 eingestuft wurden.



Bitte erkundigen Sie sich vor der Anschaffung bei Ihrem Fahrzeughändler und/oder Steuerberater – eine nachträgliche Änderung durch Umbauten ist nicht möglich.

4.4 Anlagen zu Rechnung und Umsatzsteuer

- Muster Umsatzsteuervoranmeldung U30 (exemplarisch)
- Muster Umsatzsteuererklärung U1 (exemplarisch)
- Liste Vorsteuer-abzugsberechtigte Kleinbusse gemäß § 5 der Verordnung aus 2002

Eingangsvermerk

2024

Informationen zur elektronischen Erklärungsabgabe finden Sie
direkt unter FinanzOnline (<https://finanzen.at>) und
unter [bmf.gv.at](https://www.bmf.gv.at), wo auch steuerliche Informationen, wie die
Umsatzsteuerrichtlinien 2000 abrufbar (downloadbar) sind,
bzw. erhalten Sie diese bei Ihrem zuständigen Finanzamt.

An das

- ☐ Finanzamt Österreich, Postfach 260, 1000 Wien
☐ Finanzamt für Großbetriebe, Postfach 251, 1000 Wien



Dieses Formular wird maschinell gelesen, füllen Sie es daher nur mittels Tastatur und Bildschirm aus. Eine handschriftliche Befüllung ist unbedingt zu vermeiden. Betragsangaben in EURO und Cent (rechtsbündig). Eintragungen außerhalb der Eingabefelder können maschinell nicht gelesen werden.

Die stark hervorgehobenen Felder sind jedenfalls auszufüllen.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- ☐ Umsatzsteuervoranmeldung 2024
☐ Berichtigte
Umsatzsteuervoranmeldung 2024

1. Steuernummer		2. Zeitraum	
1.1 Steuernummer	<input type="text"/>	2.1 für den Kalendermonat	<input type="text"/>
1.2 <input type="checkbox"/> Steuernummer noch nicht vorhanden		2.2 für das Kalendervierteljahr	<input type="text"/>
			2024 bis <input type="text"/>
			2024

3. Angaben zum Unternehmen

3.1 BEZEICHNUNG DES UNTERNEHMENS

3.2 STRASSE

3.3 Hausnummer

3.4 Stiege

3.5 Türnummer

3.6 LAND 1)

3.7 Telefonnummer

3.8 Postleitzahl

3.9 ORT

4. Berechnung der Umsatzsteuer:

Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch:

4.1 Gesamtbetrag der Bemessungsgrundlage für Lieferungen und sonstige Leistungen (ohne den nachstehend angeführten Eigenverbrauch) (nicht idR ich / Anzahlungen (ohne Umsatzsteuer))

000

4.2 zuzüglich Eigenverbrauch (§ 1 Abs. 1 Z 2, § 3 Abs. 2 und § 3a Abs. 1a)

001 +

4.3 abzüglich Umsätze, für die die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1 zweiter Satz sowie gemäß § 19 Abs. 1a, 1b, 1c, 1d und 1e auf den Leistungsempfänger übergegangen ist.

021 -

4.4 SUMME

1) Nur wenn der derzeitige Wohnsitz/Sitz nicht in Österreich liegt, geben Sie das Kfz-Nationalitätszeichen des Landes an.

U 30-PDF-2024

Bundesministerium für Finanzen

U 30, Seite 1, Version vom 30.06.2023

Datenschutzklärung auf
bmf.gv.at/daten-schutz oder auf Papier
in allen Finanz- und Zollstellen

bmf.gv.at

Bundesministerium
Finanzen



Davon steuerfrei MIT Vorsteuerabzug bzw. Nullsatz gemäß			
4.5	§ 6 Abs. 1 Z 1 iVm § 7 (Ausfuhrlieferungen)	011	-
4.6	§ 6 Abs. 1 Z 1 iVm § 8 (Lohnveredelungen)	012	-
4.7	§ 6 Abs. 1 Z 2 bis § 23 Abs. 5 (Seeschifffahrt, Luftfahrt, Grenzübertritt, Personbeförderung mit Eisenbahnen, Schiffen und Luftfahrzeugen, Diplomaten, Reisevorleistungen im Drittlandsgebiet usw.)	015	-
4.8	Art. 6 Abs. 1 (innergemeinschaftliche Lieferungen ohne die nachstehend gesondert anzuführenden Fahrzeuglieferungen)	017	-
4.9	Art. 6 Abs. 1, sofern Lieferungen neuer Fahrzeuge an Abnehmer ohne UID-Nummer bzw. durch Fahrzeuglieferer gemäß Art. 2 erfolgen.	018	-
Davon steuerfrei OHNE Vorsteuerabzug gemäß			
4.10	§ 6 Abs. 1 Z 9 lit. a (Grundstücksumsätze)	019	-
4.11	§ 6 Abs. 1 Z 27 (Kleinunternehmer)	016	-
4.12	§ 6 Abs. 1 Z <input type="text"/> (übrige steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug)	020	-
4.13 Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Lieferungen, sonstigen Leistungen und Eigenverbrauch (einschließlich steuerpflichtiger Anzahlungen)			
Davon sind zu versteuern mit:			
4.14	2,0% Normalsatz	022	
4.15	10% ermäßigter Steuersatz	029	+
4.16	13% ermäßigter Steuersatz	006	+
4.17	19% für Jungholz und Mittelberg	037	+
4.18	10% Zusatzsteuer für pauschalierte land- und forstwirtschaftliche Betriebe	052	+
4.19	7% Zusatzsteuer für pauschalierte land- und forstwirtschaftliche Betriebe	007	+

Bemessungsgrundlage	Umsatzsteuer

U 30, Seite 3, Version vom 30.06.2023

U 30, Seite 4, Version vom 30.06.2023

An das

Eingangsvermerk



- ☐ Finanzamt Österreich, Postfach 260, 1000 Wien
- ☐ Finanzamt für Großbetriebe, Postfach 251, 1000 Wien

2023

Füllen Sie dieses Formular nur mittels Tastatur und Bildschirm aus. Die stark umrandeten Felder sind jedenfalls auszufüllen.

Datenschutzerklärung auf bmf.gv.at/datenschutz
oder auf Papier in allen Finanz- und Zolldienststellen

Steuernummer

NAME/BEZEICHNUNG DES UNTERNEHMENS

Gesetzliche Bestimmungen ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Umsatzsteuergesetz 1994 (UStG 1994).
Nähere Erläuterungen finden Sie in der Ausfüllhilfe U 1a.

Informationen zur elektronischen Erklärungsabgabe finden Sie auf bmf.gv.at oder direkt unter FinanzOnline
(https://finanzonline.bmf.gv.at). Informationen zur Umsatzsteuer finden Sie auf bmf.gv.at unter Findok - Richtlinien - (Umsatz-
steuerrichtlinien 2000) sowie unter Steuern - Selbstständige Unternehmer - Umsatzsteuer.

Umsatzsteuererklärung für 2023

Zutreffendes bitte ankreuzen!

ANSCHRIFT und Telefonnummer

Zum Unternehmen gehören Organgesellschaften

☐ nein
☐ ja wenn ja, Anzahl der Organgesellschaften

Vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr (nur in diesen Fällen auszufüllen)

Erklärt werden die Umsätze des Wirtschaftsjahres

M M J J J J M M J J J J M M J J J J M M J J J J
vom bis und vom bis

Berechnung der Umsatzsteuer:

Bemessungsgrundlage ¹⁾
Beträge in Euro und CentLieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch:

- a) Gesamtbetrag der Bemessungsgrundlagen des Veranlagungszeitraumes 2023 für
Lieferungen und sonstige Leistungen (ohne den nachstehend angeführten Eigenverbrauch)
einschließlich Anzahlungen (jeweils ohne Umsatzsteuer)

- b) zuzüglich Eigenverbrauch (§ 1 Abs. 1 Z 2, § 3 Abs. 2 und § 3a Abs. 1a)

- c) abzüglich Umsätze, für die die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1 zweiter Satz sowie
gemäß § 19 Abs. 1a, 1b, 1c, 1d und 1e auf den Leistungsempfänger übergegangen ist.

Summe

Davon steuerfrei MIT Vorsteuerabzug gemäß

- a) § 6 Abs. 1 Z 1 iVm § 7 (Ausfuhrlieferungen)

- b) § 6 Abs. 1 Z 1 iVm § 8 (Lohnveredelungen)

- c) § 6 Abs. 1 Z 2 bis 6 sowie § 23 Abs. 5 (Seeschifffahrt, Luftfahrt, grenzüberschreitende
Personenbeförderung, Diplomaten, Reisevorleistungen im Drittlandsgebiet usw.), § 28
Abs. 54 (Nullsatz bei der Lieferung von Schutzmasken bis 30.6.2023) und § 28 Abs. 53
Z 3 (COVID-19-In-vitro-Diagnostika und Impfstoffe bis 30.6.2023)

- d) Art. 6 Abs. 1 (innergemeinschaftliche Lieferungen ohne die nachstehend
gesondert anzuführenden Fahrzeuglieferungen)

- e) Art. 6 Abs. 1, sofern Lieferungen neuer Fahrzeuge an Abnehmer ohne UID-Nummer
bzw. durch Fahrzeuglieferer gemäß Art. 2 erfolgten.

Davon steuerfrei OHNE Vorsteuerabzug gemäß

- a) § 6 Abs. 1 Z 9 lit. a (Grundstücksumsätze)

- b) § 6 Abs. 1 Z 27 (Kleinunternehmer)

- c) § 6 Abs. 1 Z _____ (übrige steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug)

Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Lieferungen, sonstigen Leistungen und Eigenverbrauch
(einschließlich steuerpflichtiger Anzahlungen)

¹⁾ Minusvorzeichen sind, soweit nicht vorgedruckt, beim Ausfüllen der Erklärung einzusetzen.

U 1-PDF-2023 Bundesministerium für Finanzen

U 1, Seite 1, Version vom 30.06.2023



bmf.gv.at

Bundesministerium
Finanzen



		Bemessungsgrundlage	Umsatzsteuer
Davon sind zu versteuern mit:			
20% Normalsteuersatz	12 022		
10% ermäßigter Steuersatz	13 029		+
13% ermäßigter Steuersatz	006		+
19% für Jungholz und Mittelberg	15 037		+
10% Zusatzsteuer für pauschalierte land- und forstwirtschaftliche Betriebe	16 052		+
7% Zusatzsteuer für pauschalierte land- und forstwirtschaftliche Betriebe	17 007		+
Weiters zu versteuern:			
Steuerschuld gemäß § 11 Abs. 12 und 14, § 16 Abs. 2 sowie gemäß Art. 7 Abs. 4	18 056		+
Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1 zweiter Satz, § 19 Abs. 1c, 1e sowie gemäß Art. 25 Abs. 5	19 057		+
Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1a (Bauleistungen)	20 048		+
Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1b (Sicherungseigentum, Vorbehaltseigentum und Grundstücke im Zwangsversteigerungsverfahren)	20 044		+
Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1d (Schrott und Abfallstoffe, Verordnung BGBl. II Nr. 129/2007; Videospielkonsolen, Laptops, Tablet-Computer, Gas und Elektrizität, Gas- und Elektrizitätszertifikate, Metalle, Anlagegold, Verordnung BGBl. II Nr. 369/2013)	20 032		+
Innergemeinschaftliche Erwerbe:		Bemessungsgrundlage	
Gesamtbetrag der Bemessungsgrundlagen für innergemeinschaftliche Erwerbe	21 070		
Davon steuerfrei gemäß Art. 6 Abs. 2 und § 28 Abs. 54 (Nullsatz für innergemeinschaftliche Erwerbe von Schutzmasken bis 30.6.2023) und § 28 Abs. 53 Z 3 (COVID-19-In-vitro-Diagnostika und Impfstoffe bis 30.6.2023)	22 071	—	
Gesamtbetrag der steuerpflichtigen innergemeinschaftlichen Erwerbe			
Davon sind zu versteuern mit:			
20% Normalsteuersatz	23 072		+
10% ermäßigter Steuersatz	073		+
13% ermäßigter Steuersatz	008		+
19% für Jungholz und Mittelberg	088		+
Nicht zu versteuernde Erwerbe:			
Erwerbe gemäß Art. 3 Abs. 8 zweiter Satz, die im Mitgliedstaat des Bestimmungsortes besteuert worden sind	24 076		
Erwerbe gemäß Art. 3 Abs. 8 zweiter Satz, die gemäß Art. 25 Abs. 2 im Inland als besteuert gelten	077		
Zwischensumme (Umsatzsteuer)			
Berechnung der abziehbaren Vorsteuer:			
Gesamtbetrag der Vorsteuern [einschließlich der pauschal ermittelten Vorsteuern (Kennzahlen 084, 085, 086, 078, 068, 079) aber ohne die übrigen gesondert anzuführenden Vorsteuerbeträge (Kennzahlen 061, 083, 065, 066, 082, 087, 089, 064, 063, 067)]		25 060	—
In Kennzahl 060 enthaltene pauschal ermittelte Vorsteuern:			
a) Pauschalierung gemäß § 14 Abs. 1 Z 1 (Basispauschalierung)	26 084		
b) Drogisten, Verordnung BGBl. II Nr. 229/1999	085		
c) Bestimmte Gruppen von Unternehmern, Verordnung BGBl. Nr. 627/1983, Verordnung BGBl. II Nr. 48/2014	086		
d) Lebensmitteleinzel- oder Gemischtwarenhändler, Verordnung BGBl. II Nr. 228/1999	078		
e) Handelsvertreter, Verordnung BGBl. II Nr. 95/2000	068		
f) Künstler und Schriftsteller, Verordnung BGBl. II Nr. 417/2000	079		



U 1-PDF-2023

U 1, Seite 2, Version vom 30.06.2023



Gesondert anzuführende Vorsteuerbeträge:		27	
Vorsteuern betref end die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer (§ 12 Abs. 1 Z 2 lit. a)		061	—
Vorsteuern betref end die geschuldete, auf dem Abgabekonto verbuchte Einfuhrumsatzsteuer (§ 12 Abs. 1 Z 2 lit. b)		28	083 —
Vorsteuern aus dem innergemeinschaftlichen Erwerb		29	065 —
Vorsteuern betref end die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1 zweiter Satz, § 19 Abs. 1c, 1e sowie gemäß Art. 25 Abs. 5		30	066 —
Vorsteuern betref end die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1a (Bauleistungen)		30	082 —
Vorsteuern betref end die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1b (Sicherungseigentum, Vorbehaltseigentum und Grundstücke im Zwangsversteigerungsverfahren)		30	087 —
Vorsteuern betref end die Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1d (Schrott und Abfallstoffe, Verordnung BGBl. II Nr. 129/2007; Videospielkonsolen, Laptops, Tablet-Computer, Gas und Elektrizität, Gas- und Elektrizitätszertifikate, Metalle, Anlagegold, Verordnung BGBl. II Nr. 369/2013)		30	089 —
Vorsteuern für innergemeinschaftliche Lieferungen neuer Fahrzeuge von Fahrzeuglieferern gemäß Art. 2		31	064 —
Davon nicht abzugsfähig gemäß § 12 Abs. 3 iVm Abs. 4 und 5		32	062 +
Berichtigung gemäß § 12 Abs. 10 und 11		33	063
Berichtigung gemäß § 16		34	067
Gesamtbetrag der abziehbaren Vorsteuer			
Sonstige Berichtigungen		35	090
<input type="checkbox"/> Zahllast (Plusvorzeichen)	<input type="checkbox"/> Gutschrift (Minusvorzeichen)		095
Hierauf entrichtete Vorauszahlungen (Minusvorzeichen) bzw. durchgeführte Gutschriften (Plusvorzeichen)			
Ergibt <input type="checkbox"/> Restschuld <input type="checkbox"/> Gutschrift			

Kammerumlagepflicht (§ 122 Wirtschaftskammergesetz) liegt vor: ☐ ja

An Kammerumlage wurde für 2023 entrichtet:
(nur auszufüllen, wenn kein abweichendes Wirtschaftsjahr vorliegt)

Beachten Sie: Bestimmte nachteilige Folgen der nicht zeitgerechten Entrichtung der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen (Vollstreckungsmaßnahmen, Einleitung eines Finanzstrafverfahrens) können durch die umgehende Entrichtung der bereits fälligen Restschuld vermieden werden.

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen **richtig** und **vollständig** gemacht habe. Mir ist bekannt, dass die Angaben überprüft werden und dass unvollständige oder unrichtige Angaben strafbar sind. Sollte ich nachträglich erkennen, dass die vorstehende Erklärung unrichtig oder unvollständig ist, so werde ich das Finanzamt davon unverzüglich in Kenntnis setzen (§ 139 Bundesabgabenordnung).

WICHTIGER HINWEIS: Übermitteln Sie **keine Originaldokumente/Belege**, da alle im Finanzamt einlangenden Schriftstücke nach elektr. Erfassung datenschutzkonform vernichtet werden! Bewahren Sie diese aber mindestens **7 Jahre** für eine etwaige Überprüfung auf.

Noch einfacher können Sie diese Erklärung papierlos über bmf.gv.at (FinanzOnline) einbringen. FinanzOnline steht Ihnen kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung und bedarf keiner speziellen Software.

Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefonnummer)

Datum, Unterschrift bzw. firmenmäßige Zeichnung



U 1-PDF-2023

U 1, Seite 3, Version vom 30.06.2023

Kleinbusse gemäß § 5 der Verordnung aus 2002

Im Folgenden werden die Fahrzeugtypen angeführt, die nach Ansicht des Bundesministeriums für Finanzen unter Bedachtnahme auf die Entscheidung des EuGH vom 8. Jänner 2002, RS C-409/99, als vorsteuerabzugsberechtigte Kleinbusse anzusehen sind.

Bis 2002 ausgelaufene Modelle sind *kursiv* gedruckt.

- *Chevrolet Astro Van*
- *Chevrolet Sport Van*
- Chevrolet Trans Sport
- Chevrolet Uplander
- *Chrysler Ram Van*
- Chrysler Voyager
- Chrysler Grand Voyager
- Chrysler Pacifica
- Citroen Berlingo (Modelle ab 2009)
- Citroen C8
- *Citroen C 25*
- Citroen Evasion
- Citroen Jumper
- Citroen Jumpy
- Citroen Spacetourer
- DFSK V27
- Fiat Doblo (ab Modelljahr 2006)
- Fiat Ducato
- Fiat Scudo
- Fiat Talento
- Fiat Ulysse
- *Ford Aerostar*
- Ford Galaxy
- Ford Mercury Villager
- Ford Tourneo Connect (alle Modelle)
- Ford Tourneo Custom (alle Modelle)
- Ford Transit (alle Modelle)
- Ford Transit Connect (alle Modelle)
- Ford Transit Custom (alle Modelle)
- GAZ Gazelle
- *GMC/Savanna*
- *Honda Shuttle*
- Hyundai H-100
- Hyundai Starex
- Hyundai Staria
- Hyundai Trajet
- *Isuzu WFR, WFS 53 und Midi*
- Iveco Daily
- KIA Carnival
- Lancia Phedra
- Lancia Voyager
- Lancia Z
- MAN TGE
- Mazda E2000
- Mazda E2200
- Mazda MPV
- Mercedes-Benz Citan extralang (415)

- Mercedes Sprinter
- Mercedes-Benz Sprinter 907/910
- Mercedes Viano
- Mercedes Vito
- Mercedes- Benz EQV (447)
- Mercedes- Benz eVito Tourer (447)
- Mercedes-Benz Vito (447)
- Mercedes V-Klasse
- *Mercedes 207, 208, 209, 210, 307, 309, 310 und MB 100*
- Mercedes-Benz V-Klasse (447)
- Mitsubishi Grandis
- Mitsubishi L 300
- Mitsubishi L 400
- Mitsubishi Space Gear
- Mitsubishi Space Wagon ab Modelljahr 1999
- Nissan e-NV200
- Nissan Interstar
- Nissan NV200
- Nissan NV400
- Nissan Primastar / Nissan NV300
- *Nissan Serena C23*
- *Nissan Urvan*
- *Nissan Vanette*
- Nissan Vanette Cargo
- Opel Combo (Modelle ab 2012)
- Opel Movano
- *Opel Sintra*
- Opel Vivaro
- Opel Vivaro Kombi
- Opel Vivaro Life
- Opel Zafira Life
- Peugeot Boxer
- Peugeot Expert
- Peugeot Expert Tepee
- Peugeot Partner Tepee (Modelle ab 2009)
- Peugeot Rifter
- Peugeot Traveller
- *Peugeot J5/J9/J7*
- Peugeot 806
- Peugeot 807
- *Pontiac TransSport*
- Renault Espace (Modelle bis 2014)
- Renault Grand Espace
- Renault Grand Kangoo und Kangoo Maxi (Modelle ab 2012)
- Renault Grand Kangoo (Modelle ab 2023)
- Renault Master
- Renault Trafic
- Seat Alhambra
- SsangYong Rodius
- Toyota Avensis Verso
- Toyota Hi Ace
- *Toyota Lite Ace*
- Toyota Previa
- Toyota Proace
- Toyota Proace City Verso
- Toyota Sienna
- VW Caddy (alle Modelle)
- VW Caravelle
- VW Crafter
- VW Der neue VW Multivan
- VW Eurovan

- VW LT
- VW Multivan
- VW Sharan
- VW Transporter, TransVan, Combi CL
- VW Type 70

Wurde für ein Fahrzeug im Hinblick auf die mangelnde Kleinbus-Eigenschaft nach der Verordnung BGBl Nr. 273/1996 hinsichtlich der Anschaffungskosten ein Vorsteuerabzug nicht geltend gemacht, können die Veräußerung und die dauernde Entnahme des Fahrzeuges sowie auch die Überlassung eines solchen Fahrzeuges an eine Arbeitnehmerin/einen Arbeitnehmer für Privatfahrten einschließlich Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ohne Betriebskostenbeiträge der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers als nicht steuerbare Vorgänge behandelt werden. Die Bemessungsgrundlage für einen laufenden Eigenverbrauch ist bei diesen Fahrzeugen ohne Afatangente anzusetzen.

Letzte Aktualisierung: 1. Jänner 2024

Quelle: <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/kraftfahrzeuge/vorsteuerabzugsberechtigte-fahrzeuge.html>

5 PERSONAL

Auch Ihr Betrieb wird hoffentlich wachsen und die täglichen Aufgaben, wie Vertrieb, die eigentliche Leistungserstellung, laufende Kundenbetreuung, interne administrative Aufgaben, Fragen der EDV usw. werden immer mehr und irgendwann für eine einzelne Person nicht mehr bewältigbar. Auch wenn der eine oder andere Bereich an externe Partner ausgelagert werden kann (z.B. Führung der Buchhaltung durch den Steuerberater), ist in vielen Fällen die Anstellung von eigenen Mitarbeitern erforderlich.

5.1 Lohnnebenkosten

Der Dienstgeber hat für seine Dienstnehmer Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsteuern und Lohnabgaben („Lohnnebenkosten“) vom Bruttolohn einzubehalten und an Finanzamt, Gesundheitskrankenkasse und Gemeinde abzuführen. Der Dienstnehmer selbst bekommt nur das verbleibende Nettolohn ausbezahlt und muss sich selbst um nichts mehr kümmern.

Die Frist zur Überweisung der SV-Beiträge ist stets der 15. des Folgemonats. Bei Überschreiten der Respirofrist (3 Tage) werden Verzugszinsen belastet.

In der formalen Abrechnung sind Dienstgeber-(DGA) und Dienstnehmer-(DNA)beiträge zu unterscheiden, die Prozentsätze für Angestellte und Arbeiter unterscheiden sich geringfügig, sie berechnen sich immer vom Bruttolohn³.

Werte Angestellte 2024	Beitragssatz in %		
	DNA	DGA	Summe
Krankenversicherung	3,87	3,78	7,65
Unfallversicherung		1,10	1,10
Pensionsversicherung	10,25	12,55	22,80
Arbeitslosenversicherung	2,95	3,05	6,00
Arbeiterkammerumlage	0,50		0,50
Wohnbauförderung	0,50	0,50	1,00
Summe	18,07	20,98	39,05
Kommunalsteuer		3,00	3,00
Dienstgeberbeitrag		3,90 *	3,90 *
Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag		0,35 **	0,35 **
Mitarbeitervorsorgekasse		1,53	1,53

* Es kann bereits in den Jahren 2023 und 2024 zu einer Senkung des DB auf 3,7% kommen, wenn es eine lohngestaltende Vorschrift vorsieht. **Für Personen über 60 Jahre ist kein Dienstgeberbeitrag zu entrichten.**

** Freigrenze und Freibetrag: 1.460 EUR bzw. 1.095 EUR. **Für Personen über 60 Jahre ist kein Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag zu entrichten.**

³ Die Beiträge unterscheiden sich nach Bundesländern, z.B. ist in Wien eine U-Bahn-Abgabe zu entrichten

5.2 Freie Dienstnehmer

„Freie“ Dienstnehmer unterscheiden sich von „echten“ Dienstnehmern dadurch, dass sie nicht unter das Arbeitsrecht fallen (kein Urlaubsanspruch, keine fixen Arbeitszeiten, freie Arbeitseinteilung, keine Sonderzahlungen, arbeiten mit den Betriebsmitteln des Dienstgebers).

Der Abschluss eines entsprechenden Dienstvertrags wird empfohlen, entsprechende Vertragsmuster finden Sie z.B. auf dem Portal der Wirtschaftskammer Österreich.

5.3 Geringfügig Beschäftigte

Geringfügig Beschäftigte mit maximal **€ 518,44** pro Monat haben keine (Dienstnehmer-) Sozialversicherungsbeiträge abzuführen. Für den Dienstgeber können aber sehr wohl Lohnnebenkosten und SV-Beiträge anfallen, abhängig wie viele Dienstnehmer beschäftigt werden. Jedenfalls sind auch auf geringfügig Beschäftigte alle arbeitsrechtlichen Vorschriften anzuwenden, wie z.B. Urlaub, Krankenstand u.ä. .

5.4 Anmeldung der Dienstnehmer bei der österr. Gesundheitskasse (ÖGK)

Dienstgeber müssen alle neu eintretenden Dienstnehmer vor Arbeitsantritt zur Sozialversicherung anmelden. Die Anmeldung zur Pflichtversicherung muss **vor** Arbeitsantritt des Dienstnehmers bei der Gesundheitskrankenkasse eingelangt sein.

Die frühere „Mindestangabenanmeldung“ entfällt. Die ab 1.1.2019 vor Arbeitsantritt zu erstattende Anmeldung beinhaltet

- die Daten des Dienstgebers (Beitragskontonummer etc.),
- den Namen des Beschäftigten,
- die Versicherungsnummer bzw. das Geburtsdatum der jeweiligen Person,
- den Tag der Beschäftigungsaufnahme,
- den Versicherungsumfang (Voll- oder Teilversicherung)
- den Beschäftigungsbereich (Arbeiter, Angestellter, Arbeiterlehrling, Angestelltenlehrling bzw. sonstige Personen ohne Versicherungsschutz),
- den Beginn der Betrieblichen Vorsorge und
- ein Auswahlfeld, ob ein freier Dienstvertrag vorliegt.

Diese Meldung ist zwingend elektronisch zu übermitteln. Ab 1.1.2019 ist die Erstattung dieser Anmeldung auch über die neue ELDA-App möglich.

In Ausnahmefällen (keine EDV-Ausstattung, kein Internetzugang, Personalverrechnung wird von einer anderen Stelle durchgeführt und ist nicht mehr erreichbar) ist eine „Vor-Ort-Anmeldung“ zulässig, die jedoch ausschließlich über Fax (05 0766 1461) oder über Telefon (05 0766 1460) erstattet werden kann. Im Fall einer „Vor-Ort-Anmeldung“ muss binnen 7 Kalendertagen nach dem Eintritt die neue Anmeldung elektronisch übermittelt werden.

Online Meldung oder Download der App auf www.elda.at

5.5 Dienstzettel

Die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber hat der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer unverzüglich nach Beginn des Arbeitsverhältnisses eine schriftliche Aufzeichnung über die wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag, einen so genannten Dienstzettel, auszuhändigen, wenn

- der Arbeitsvertrag nicht schriftlich abgeschlossen wurde oder
- der schriftliche Arbeitsvertrag nicht alle unten angeführte Angaben enthält.

Kein Dienstzettel muss ausgestellt werden bei Arbeitsverhältnissen, die – aus welchem Grund auch immer – nicht länger als 1 Monat dauern.

Angaben am Dienstzettel (siehe auch §2 Abs. (2) AVRAG):

- Name und Anschrift des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers,
- Beginn des Arbeitsverhältnisses und gegebenenfalls das Ende des Arbeitsverhältnisses,
- Dauer der Kündigungsfrist, Kündigungstermin,
- gewöhnlicher oder wechselnder Arbeits(Einsatz)ortallfällige Einstufung in ein generelles Schema,
- vorgesehene Verwendung,
- Grundgehalts weitere Entgeltbestandteile und Fälligkeit des Entgelts,
- Ausmaß des jährlichen Erholungsurlaubes,
- vereinbarte tägliche oder wöchentliche Normalarbeitszeit des Arbeitnehmers,
- anzuwendender KV, Betriebsvereinbarung, Mindestlohnstarif
- Name und Anschrift der Betrieblichen Vorsorgekasse

Die Angaben

- Dauer der Kündigungsfrist und Kündigungstermin,
- Gewöhnlicher (oder wechselnder) Arbeitsort,
- Anfangsbezug, Fälligkeit des Entgelts, Urlaubsausmaß und
- Vereinbarte tägliche oder wöchentliche Normalarbeitszeit

können auch durch Verweis auf Gesetze, Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen oder betriebsübliche Reiserichtlinien erfolgen.

5.6 Arbeitszeitaufzeichnungen

Arbeitszeitaufzeichnungen sind für **alle** Mitarbeiter Pflicht. Fehlen diese Aufzeichnungen bei späteren Prüfungen durch das Arbeitsinspektorat, kann es seit 1.1.2008 zu drastischen Strafen kommen. Die Nichteinhaltung der entsprechenden Bestimmungen nach § 26 Abs.1 bis 5 AZG wird mit einer Geldstrafe von € 72 bis € 1.815, im Wiederholungsfall von € 145 bis € 1.815 belegt.

Außerdem wird es bei Fehlen dieser Aufzeichnungen auch zu Problemen bei GPLA-Prüfungen (Sozialversicherung und Lohnsteuer) kommen. Eine Vorlage der WKÖ liegt bei (siehe Punkt 5.7 in den Anlagen/Mustern).

Auf diese Aufzeichnungen hat der Dienstnehmer einen Rechtsanspruch. Weiters ist die Verjährung von Überstunden daran gekoppelt. Bei Teilzeitbeschäftigten ist ab 2008 ein Mehrarbeitszuschlag zu bezahlen, sobald die Mitarbeiter mehr als die vereinbarte Arbeitszeit leisten. Auch dieser Mehrarbeitszuschlag ist zu vermeiden, sofern bestimmte Vereinbarungen mit den Mitarbeitern schriftlich getroffen werden.

Die genauen Bestimmungen zu den täglichen Arbeitszeiten, Pausen und Ruhezeiten sind im jeweiligen aktuellen Branchen-Kollektivvertrag nachzulesen.

Achtung:

Seit 1.7.2011 gilt zudem das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), wonach von Kontrollorganen der neuen „Finanzpolizei“ unvorangemeldet und vor Ort, vor allem auf Baustellen und in der Gastronomie die rechtzeitige Anmeldung aller beschäftigten Dienstnehmer und deren korrekte Entlohnung laut Branchen-Kollektivvertrag geprüft werden dürfen. Bei auch nur geringfügiger Unterentlohnung drohen drakonische Strafen von mindestens € 5.000,- je Dienstnehmer.

Ab 01.01.2020 fällt bei Beendigung von Dienstverhältnissen keine Auflösungsabgabe mehr an.

5.7 Anlagen/Muster Personal

- Muster ArbeitszeitaufzeichnungI (auch auf **EASY** – Datenträger)
- Muster ArbeitszeitaufzeichnungII (auch auf **EASY** – Datenträger)

ARBEITSZEITAUFZEICHNUNGEN

Firma:

Monat/Jahr:

Vor- u. Nachname:

Tag	Arbeits-beginn	Arbeits- ende	Pause		Tagesarbeits- zeit (ohne Pausen)	Kommentar
			Beginn	Ende		
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
11						
12						
13						
14						
15						
16						
17						
18						
19						
20						
21						
22						
23						
24						
25						
26						
27						
28						
29						
30						
31						

.....
Ort, Datum

.....
Arbeitgeber

.....
Arbeitnehmer

ARBEITSZEITAUFZEICHNUNGEN

Firma:

Vor- u. Nachname:

Jahr:

Kalenderwoche										
Datum	Arbeits- beginn	Arbeits- ende	Pause		Normal- arbeitsz eit	Zu- schläge	Über- stunden	Zu- schläge	Gesamt- stunden	Saldo
			Beginn	Ende						
Wochensumme / Saldo										

Kalenderwoche										
Datum	Arbeits- beginn	Arbeits- ende	Pause		Normal- arbeitsz eit	Zu- schläge	Über- stunden	Zu- schläge	Gesamt- stunden	Saldo
			Beginn	Ende						
Wochensumme / Saldo										

Kalenderwoche										
Datum	Arbeits- beginn	Arbeits- ende	Pause		Normal- arbeitsz eit	Zu- schläge	Über- stunden	Zu- schläge	Gesamt- stunden	Saldo
			Beginn	Ende						
Wochensumme / Saldo										

Kalenderwoche										
Datum	Arbeits- beginn	Arbeits- ende	Pause		Normal- arbeitsz eit	Zu- schläge	Über- stunden	Zu- schläge	Gesamt- stunden	Saldo
			Beginn	Ende						
Wochensumme / Saldo										

Kalenderwoche										
Datum	Arbeits- beginn	Arbeits- ende	Pause		Normal- arbeitsz eit	Zu- schläge	Über- stunden	Zu- schläge	Gesamt- stunden	Saldo
			Beginn	Ende						
Wochensumme / Saldo										

.....
Ort, Datum

.....
Arbeitgeber

.....
Arbeitnehmer